

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.  
Verlag: S. G. Koch & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsort:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

**Abonnementpreis** mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Fringselohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 4.50 M. Preis für die Auslandpost mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
**Sprechstunde:** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
**Verlagszeit:** von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

**Inserate** werden die 7spaltige Zeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 106.

Dresden, Mittwoch den 8. Mai 1918.

29. Jahrg.

## Der Frieden von Bukarest.

### Zwischen Bismarck und Schwarzem Meer.

Durch die militärischen Entscheidungen des Weltkrieges ist das ganze ungeheure Gebiet zwischen Bismarck und Schwarzem Meer in einen Zustand der Auflösung und Reorganisation geraten. Der Friede von Bukarest brachte für die Völker des östlichen Jnnlands und dem Kaukasus noch lange keinen Frieden. Was sich im Osten vor unseren Augen noch immer ereignet, ist eine Revolutionierung aller bisherigen Staaten-Verhältnisse, ein Untergehen und Aufsteigen, ein Zerfallen und Neuordnen. Noch kann heute niemand sagen, wie die Welt seit dem künftigen Ruhlands, wie die Zukunft der östlichen Grenzländer ausfallen wird. Innerhalb dieser ungeheuren Umgestaltungen, die in ihren Ausmaßen der Gewaltigkeit des Weltkrieges gleichkommen, bedeutet der Friedensschluss mit Rumänien eine neue Phase und hoffentlich einen Schritt vorwärts. Amlich wird gemeldet:

mit Bukarest, 7. Mai. Der Friedensvertrag mit Rumänien ist heute um 11 Uhr vormittag von den Bevollmächtigten der vier verbündeten Mächte unterzeichnet worden. Die feierliche Unterzeichnung erfolgte, fand unter dem Vorsitz des Staatssekretärs v. Kühlmann im dem Schlosse Cotroceni, und zwar in demselben Saale, in dem feierlich der Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg beschlossen wurde. Der Friede wird den Namen Friede von Bukarest führen.

Wie der heute veröffentlichte Friedensvertrag zeigt, hat sich an den schon bekannten Grundlinien des Vertrags, trotz den langen Verhandlungen, nichts Wesentliches verändert. An Österreich verliert Rumänien seine Karpatenpässe, an Bulgarien und die verbündeten Mächte sein bisheriges Dobruđa-Gebiet. Einseitig wird jedoch nur die Dobruđa an Bulgarien gegeben, während die Norddobruđa im gemeinsamen Besitz der verbündeten Mächte bleibt. Nach der bisherigen Vorgangsmuster muss angenommen werden, dass nur ein vorübergehender Zustand ist und dass wohl bald die ganze Dobruđa an Bulgarien übergehen wird. Deutschland wird sich begnügen mit gewissen Rechten für die Verwaltung der Balcans und des Hafens von Constantza, die zugleich für die Türkei und Rumänien als Ausweg zum Schwarzen Meere wichtig sind. Diese Punkte soll nicht ganz in bulgarische Hände gelegt werden, was aber schließlich mit ihr geschehen soll, gehört zu den vielen Fragen, die im Bukarester Vertrag offen bleiben.

Dass die ganze Dobruđa nicht sofort an Bulgarien übermacht wird, mag wohl an türkischen Widerstand liegen. Bulgarien erfährt durch diesen Frieden eine gewaltige Gebietserweiterung, während die Türkei, deren Truppen doch an der Feldzug in der Dobruđa wirksam teilgenommen haben, zunächst leer ausgeht. Deswegen möchte die Türkei Kompensationsansprüche in dem Gebiet geltend, das sie 1915 an Bulgarien hat abtreten müssen. Es handelt sich um das Vorland der Festung Adrianopol, das die Bulgaren im ersten Balkankrieg zugesprochen erhielten, im zweiten Balkankrieg wieder verloren und 1915 erneut auf friedlichem Vertragswege erwarben; es zum zweiten Male herauszugeben sind sie wenig geneigt. Die Vermittlung, die die Mittelmächte in diesem türkisch-bulgarischen Streit übernommen haben, hat wohl zu keinem bündigen Resultat geführt.

Rumänien verliert, selbst wenn es Beharabien zurückgewinnt, einen wichtigen Teil seiner bisherigen Schwarzmeerküste, den es so bald nicht bereinigen wird. Eine bulgarisch-rumänische Spannung wird bleiben, und man muss abwarten, was das für die Zukunft des Balkans bedeutet. Das Rumänien die Benutzung des Donauweges und der Bahnlinie nach Constantza garantiert wird, schafft für das niedergeworfene Bulgarienland zunächst einen Ausweg. Gerade die Mittelmächte haben ein besonderes Interesse daran, dass Rumänien existenzfähig bleibt. Dieses Interesse kommt im Friedensvertrag durch die Abmachungen über die wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausdruck. Rumänien liefert uns Weizen, Mais, Petroleum; die wirtschaftliche Geborgenheit gehört zu einer Lebensfrage Deutschlands und Österreich-Ungarns. Die wirtschaftlichen Beziehungen sollen vorläufig gesichert werden durch die Fortsetzung der deutschen Militärverwaltung in Rumänien auch über den Friedensschluss hinaus. Das deutsche Volk muss dringend wünschen, dass die deutsche Verwaltung sich dieser Situation in Rumänien besser gewachsen zeigt, als es in der Ukraine der Fall gewesen ist.

Ueber das Ministerium Marghiloman, das seinem Lande für diesen Friedensschluss verantwortlich ist, wissen wir wenig. Marghiloman's nächste Aufgabe wird sein, die rumänische rumänische Kammer aufzulösen, aus der Verfassung die Gratiann-Claque zu entfernen und den Friedensvertrag im neuen Parlament bestätigen zu lassen. Wir haben mehrfach hingewiesen auf die Gefahr, die die Regierung der Dobruđa für die Zukunft bedeutet. Nachdem nun der Frieden von Bukarest geschlossen worden ist, möchten wir vor allen Dingen die Hoffnung ausdrücken, dass dieser Friede trotz allem zu einem dauernden und wirklichen werden möge, was man von dem Frieden mit Großrußland und der

### Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

mit. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 8. Mai 1918.

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich vom Neuport-Kanal nahmen wir bei erfolgreicher Erkundung Belgien gefangen. Auf dem Schlachtfeld in Flandern und an der Ostseite der Artilleriekampfs am Kemmel, bei und westlich von Vellend auf.

In Flandern nahmen wir am 7. Mai bei der Somme wieder Engländer und Franzosen gefangen. Nebenbei der Straße Garde-Bras griff der Feind nach kurzer Wimmerung erfolglos an. Vereinstellungen wurden durch unser Feuer wirkungsvoll gestört. Bei einem in der Nacht südlich von der Straße wiederholten Angriff warfen wir den Feind im Gegenstich zurück. Starke Feuerkraft hielt am Luce-Bach und auf dem Westufer der Werra an.

An der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.  
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Ukraine bis heute leider nicht sagen kann. Der Osten ist trotz aller Friedensschlüsse ein Gebiet unbegrenzter Möglichkeiten geblieben.

Im Hauptauschuss des Reichstages hat Vizekanzler von Vaher ein Bild von dem Stand der Dinge im Osten zu geben versucht. Was er sagte, war wenig und inhaltslos. Das Inhaltloseste bedeuten seine Erklärungen über die deutsche Einmischung in Finnland. Diese sei erfolgt, um im Norden in militärischer wie politischer Hinsicht einen endgültigen Friedenszustand zu schaffen; wir seien von der rechtmäßigen finnischen Regierung um unseren Einmarsch gebeten worden. Nach den Vorgängen in der Ukraine können und solche Argumente noch weniger bedeuten denn vorher. Man hörte sie so ähnlich auch zur Begründung des deutschen Vormarsches in der Ukraine, und die Verhaftung der Rada war der vorläufige Schluss davon. Am Montag hat Herr von dem Busche den neuen Hetman der Ukrainer als deutschfreundlich bezeichnet, und heute schon berichtet auch der halb-offizielle Lokalanzeiger, dass Skoropadski Vergangenheit durchaus deutschfeindlich gefärbt sei. Es scheint, dass unsere Regierung ebenso mangelhaft informiert ist, als sie mangelhafte Informationen an die Volksvertreter ausliefert. Herr von Vaher wird darum auch nicht erwarten können, dass seine Erklärungen höher denn als Pflichtrede gewertet werden. Er hat leider vergessen zu sagen, wo denn eigentlich der deutsche Vormarsch zum Stehen kommen soll und was man in Berlin auf den russischen Protest gegen die Besetzung von Orel, Kursk, Woroneß und das Vordringen im turanischen Gebiet antworten will.

Weiter im Süden ist die Türkei drauf und dran, sich einen über den türkisch-russischen Friedensvertrag hinausgehenden Gebietszuwachs durch Angliederung der Kaukasusrepublik zu schaffen. Man kann die Sehnsucht der Konstantinopoler Regierung nach Wiedereroberung der im Jahre 1878 verlorenen Gebiete von Kars, Batum und Ardaghlan verstehen. Ob diese Ausnutzung der augenblicklichen Hilflosigkeit Groß-Rußlands jedoch politisch klug ist, steht auf einem anderen Blatte. Wenn sich die Türkei bei diesem Vorhaben wenigstens auf die Volksmeinung dieser vorläufig fragwürdigen Kaukasusrepublik stützen könnte. Aber die kaukasische Delegation, die da in Konstantinopel ihren Wunsch nach Angliederung „Bistaukasien“ an die Türkei kundgab, hat wahrscheinlich nicht mehr hinter sich, als die baltischen Barone in den Ostsee-provinzen.

So ist im Osten noch alles im Fluss, noch vieles in Gärung. Für Deutschland ist das litauische und das polnische Problem nachher denn je zuvor. Für Österreich-Ungarn ist die Balkanfrage eine noch ungeklärte Kuh — trotz dem rumänischen Frieden. Es gibt eben Fragen der Weltpolitik, die sich durch militärische Entscheidungen allein nicht lösen lassen, sondern nach Verhandlung und Verhandigung verlangen.

#### Wardensens Hoffnung.

mit. Bukarest, 7. Mai. Die Verhandlungen in Bukarest waren am Abend des 8. Mai zum endgültigen Abschluss gelangt, so daß die Unterzeichnung des gesamten Vertragswerkes für den Vormittag des 7. Mai angelegt werden konnte. Am Vertragstische der Generalfeldmarschall v. Rodenzy alle hoch ansehnlichen Delegierten zu einem Male geladen, an dem auch der Reichspräsident Marghiloman, der Minister des Reiches Wilson und die übrigen rumänischen Unterhändler teilnahmen. Der Generalfeldmarschall feierte in einer Ansprache die Bedeutung der neuesten Staatsmännischen Arbeit und begründete die Wichtigkeit des dem erzielten schönen Erfolges, indem er hervorhob, daß mit dem rumänischen Frieden der Krieg im Osten seinen Abschluß gefunden habe. Ausdrücklich er die Hoffnung ausgesprochen, daß Rumänien auf der Grundlage dieses Friedens einen glänzenden Zukunft entgegengehen werde, und schloß mit der Aufforderung an die Anwesenden, auf das Wohl und Gedeihen und die Freundschaft ihrer Heimatländer zu trinken.

### Telegrammwechsel zwischen Kaiser und Kanzler.

Der Reichskanzler meldete in einem Telegramm an den Kaiser, daß mit dem Frieden von Bukarest auf der gesamten Ostfront der Kriegszustand beendet sei. Damit sei ein Erfolg errungen, dessen weitgehende Größe erst spätere Operationen in ihrem vollen Umfang würdigen werden.

Der Kaiser gibt in seiner Antwort seiner Freude und Dankbarkeit über den abgeschlossenen Frieden Ausdruck und fährt dann fort: „Gott wird uns helfen, den Kampf, zu dessen Weiterführung uns die friedensfeindliche Haltung der noch gegen uns die Waffen führenden Mächte zwingt, auch weiterhin zu bestehen und zum Wohle Deutschlands und seiner Verbündeten siegreich abzuschließen.“

Auch der Staatssekretär v. Kühlmann erhielt ein Danktelegramm und den Kronenorden 1. Klasse.

### Der weiße Sieg in Finnland.

Kopenhagen, 7. Mai. Das finnische Hauptquartier in Saja meldet vom 4. Mai: Der Sieg über die Mole Garbe ist nun definitiv. Frederikshavn, die letzte Stellung der Revolutionäre ist genommen. Eine Keilabteilung ist in die Stadt eingerückt, aus der ein Teil eines anderen Regiments. Die Besatzung bestand aus 2000 Mann, 20 Maschinengewehre, 1000 Gewehren und zwei heftigsten russischen Schiffen. In Saja wurden zwei Panzerzüge mit einem schweren Geschütz und zwölf Maschinengewehre genommen. Außerdem 30 Geschütze, zahlreiche Maschinengewehre und 400 Gewehre. In Saja wurden 4000, in Frederikshavn 300 Gefangen gemacht.

### Die Offfragen vor dem Hauptauschuss.

Unverantwortliches in der Arme u. Offiziere.

Bei Beginn der Dienstag-Sitzung teilte der Kriegsminister mit, daß jedem Mitglied des Ausschusses ein Dett der Truchschützen folgen übergeben wurde, die in der Arme des Generals v. Eichhorn zu Aufklärungsmaßnahmen benutzt wird. Der Kriegsminister übertrug jede Verantwortung für das Dettwerk ab und bezeichnete es als unverantwortlich. In dieser Beurteilung der Truchschützen waren sich alle Mitglieder des Ausschusses einig. Man forderte, daß auch die anderen Dett vorgelegt werden sollen und behielt sich vor, auf die Sache im Plenum des Reichstages eingehend zu sprechen zu kommen. Der Ausschuss wandte sich dann wieder den Vorgängen in der Ukraine zu. Unterstaatssekretär v. d. Busche erklärte, der russische Vorkämpfer Herr Hoff sei lebhaft mit einer Urkunde angefangen, durch die er bei der Regierung als bevollmächtigter Vertreter der russischen Republik eingeführt wird.

Herr Graf v. Harpp befragte dann die Vorgänge in der Ukraine. Er erklärte, daß er mit den Maßnahmen, die dort getroffen worden sind, durchaus einverstanden sei. Es war die Aufgabe der dortigen Militärverwaltung, die dort zu sorgen, daß der Ausbau des Meeres gesichert würde. Ein „heißes August“ war notwendig, weil sonst die ukrainische Regierung ihre Pflicht nicht erfüllt hätte. Ob die neue Regierung großrussisch orientiert sei, müsse zunächst einmal abgewartet werden. In einem Zusammenstoß Großrußlands und der Ukraine liege jedenfalls durchaus keine Gefahr für Deutschland und bilde auch kein Hindernis dafür, daß wir uns in den Randstaaten nach unseren Bedürfnissen einrichten. Die Regierung dürfe aber nicht das ausschließliche Organ der Reichstagsmehrheit sein, denn das widerspreche der Verfassung. Der Kanzler müsse die Mittel auf das „maßgebende Mittel der militärischen Stellen“ jederzeit zur Verfügung nehmen. Die Mehrheit des Reichstages aber ganz offen einen ganz unzulässigen Einfluß auf die Regierung aus.

Vizekanzler v. Vaher äußerte sich dann in einer einstündigen Rede sehr eingehend über das ganze Gebiet der Ukraine. Er erklärte, das Ziel der deutschen Regierung sei, mit den von Rußland losgerissenen Völkern in Felle und Aemlichkeit zu leben. Der Weg dazu sei der der Verständigung, nicht aber der der Vergewaltigung. Bei der Verständigung der Staaten könne aber nicht nach einer Schablone gearbeitet werden, insbesondere schon deshalb nicht, weil an der Verständigung auch Österreich beteiligt sei. Unter Umständen in Finnland ist veranlaßt worden durch Rußland stand zweifellos auch reguläres russisches Militär, nicht nur die russischen Volkswirtschaft. Unsere Flanke in der Ostsee war dadurch dauernd bedroht, deshalb war es notwendig, dem Vorkauf der finnischen Regierung zu folgen und in Finnland einzuziehen. Wir haben dort nun ziemlich erreicht, was wir wollten, nämlich die Sicherung der Ostsee, und haben dadurch gleichzeitig für Schweden einen Schutzwall gegen den Elben geschaffen, dessen es dringend bedürfte und für den es nun handbar sein wird. Bezüglich Schlands und Estlands steht die Regierung auf dem Boden der Antwort, die der Reichskanzler dem Vertreter dieser Länder im Großen Hauptauschuss gegeben hat. Die Zustände in Estland sind derzeit unverändert, das es eine gewisse Zeit dauern wird, bis dort eine eigene Verwaltung eordnete Zustände geschaffen kann. In der Ukraine gehen wir durchaus konform mit der österreichischen Regierung. In die untern Verhältnisse sind einmündigen, haben wir nicht die Absicht. Aber wir müssen dort für die Sicherheit unserer Truppen besorgt sein und vor allen Dingen dafür, daß die ungelassenen Bestimmungen von der Ukraine tatsächlich auch gesichert werden. Herr v. Vaher behält dann, daß die deutsche Regierung handelte an der Unterzeichnung des Friedensvertrages. Ein Gegenstand zwischen der Regierung und der Obersten Reichsbehörde bestehe nicht, die Regierung lasse sich nur von ihrem Pflichtgefühl leiten.

Herr v. Harpp (unabhängiger) erklärte, für die Situation sei es sehr bedauerlich, daß Graf v. Harpp mit der Espionage einverstanden sei. Es könne nicht beachtet werden, daß die Regierung unter dem Tode der Obersten Reichsbehörde liege. Die Regierung habe niemals den Weg der Verständigung gesucht, sondern



Überall den Weg der Gewalt betreten. Die Behauptung, daß wir Russland befreien müßten, sei ein plumper Täuschungsversuch. Die Deputation, die aus England nach dem Großen Hauptquartier gekommen war, war lediglich eine Vertretung der dortigen Mittlerschaft, nicht aber des ethnischen Völkers. Das abbrechende Urteil über die geführte Regierung der Ukraine sei außerordentlich merkwürdig, denn die deutsche Regierung habe mit denselben Leuten Frieden geschlossen und sie erst an ihre Stellen eingesetzt. Dieses Vorgehen des Willkürs muß doch gegen uns aussähen und den Widerstand stärken, um Getreide zu verkaufen.

General v. Preußberg glaubt, die Oberste Verlesung in Schweden nehmen zu sollen gegen angebliche Angriffe des Vortredners. Abg. Wotheln legt dann in längeren Ausführungen auseinander, daß der Weg, den die Regierung eingeschlagen hat, um ihr Ziel im Osten zu erreichen, bedenklich sei und durchaus nicht mit Sicherheit zu dem erlöschenden Ziele führen kann. Die Verhandlungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

### Wahlrechtskrise.

Kurz Berlin wird geschrieben: Durch die Abstimmungen des Abgeordnetenhauses vom letzten Dienstag sind die Aussichten eines Kompromisses fast auf den Nullpunkt gesunken. Die sogenannten Sicherungsanträge des Zentrums wurden gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, ein Antrag des Freikonserwativen Frey, der noch der gleichen Richtung ging, wurde infolgedessen zurückgezogen. Es ist somit klar, daß das Abgeordnetenhaus seine Neigung hat, auf die Sicherungsidee einzugehen.

Am Morgen des kritischen Abstimmungstages erklärte der Vortreders nachher, daß die Wahlrechtskrise zugleich auch eine Regierungskrise sei und daß diese Regierungskrise durch die Hindernisse entstanden sei, die der Auflösung des Abgeordnetenhauses entgegensteht. Am Abend desselben Tages konnte man auch schon in bürgerlichen Blättern lesen, es sei nicht mehr, daß die Minister Dr. Friedberg und Dr. Drenos bereits ihren Abschied eingereicht hätten. Beim Lesen dieser Nachricht wird man den Ton auf das Höchste „bereits“ legen müssen. Es ist noch nicht soweit, aber es ist nicht mehr weit davon. Man erwartet indessen, daß der große Auszug aus der Regierung Hertling nicht mit den beiden genannten Herren beginnen würde, sondern mit dem Bischoflichen Herrn v. Payer. Dieser steht auf dem Standpunkt, daß die Ablehnung des gleichen Wahlrechts mit der sofortigen Auflösung zu beantworten wäre, und man wundert sich, daß er nicht schon die Konsequenzen gezogen hat, als nach der entscheidenden Abstimmung der zweiten Lesung die Auflösung unterblieb. Kommt es in der dritten Lesung wieder so, dann sind die Tage des Herrn v. Payer gezählt.

Das Berliner Tageblatt schreibt: „Dah, wenn auch die dritte Lesung nicht zu einem Ergebnis führt und die Auflösung des Reichstages an den Widerständen gewisser augenblicklich sehr einflussreicher Kreise scheitern sollte, die Stellung der Regierung auf diesem Punkte erschüttert sein würde, wird jetzt von allen Parteien angenommen und zugegeben.“

Die Völkische Zeitung glaubt ver sichern zu können, daß von einer Krise nicht gesprochen werden könne. Aber auch sie sagt das unter der Voraussetzung, „daß die Möglichkeit einer Auflösung noch wie vor in Betracht gezogen wird“. Das ist sehr diplomatisch ausgedrückt, denn es handelt sich keineswegs bloß um die „Möglichkeit“ einer Auflösung, sondern um ihre Notwendigkeit, und es handelt sich auch nicht um ein bloßes „Abwarten“, sondern um ein tatkräftiges Durchführen. Wird die Notwendigkeit der Auflösung nicht anerkannt und sie nach Ablehnung des gleichen Wahlrechts in der dritten Lesung nicht sofort durchgeführt, dann ist es für die Regierung allerhöchste Zeit zu gehen. Das wird der Augenblick sein, in dem sich ihr die letzte Gelegenheit zu einem einigermaßen ehrenvollen Abgang bieten wird.

Siehe stehen die Dinge in Bremen so, daß hinter den Kulissen schon weniger um das Kompromiß verhandelt, als um die Auflösung gekämpft wird. Die Entscheidung kann nicht mehr lange auf sich warten lassen; man nimmt an, daß sie schon im Laufe der nächsten Woche fallen wird.

### Ablehnung der „Sicherungen.“

Das Bremische Abgeordnetenhaus hat am Dienstag die zweite Lesung der Verfassungsbeschlüsse beendet und sämtliche vom Zentrum gestellten sogenannten Sicherungsanträge gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die National-liberalen erklärten, daß sie zu den Anträgen noch keine Stellung nehmen könnten, da sie ihre Truppen nicht zu überlegen umhine zu sein. Die Freikonserwativen stellten sich, ebenso wie die Konservativen, auf den Standpunkt, daß die Sicherungen „nur bedingten Wert“ hätten, und daß es vor allem darauf ankomme, „die Einführung des gleichen Wahlrechts zu verhindern“.

Scharf bekämpft wurden die Sicherungen von den Rednern der Linken, dem Abg. Kirch (Soz.), Dr. Bachmeide (Sp.) und Strödel (U. Soz.). Gemeinlich wird nach, daß alle diese Sicherungen im Effekt darauf hinauslaufen, das gleiche Wahlrecht illusorisch zu machen und das Parlament auszuschalten. Er wandte sich gegen die Zahl der Zentrum, das der Linken die Zustimmung zum gleichen Wahlrecht angeblich erzwinge und von den wichtigsten Wahlrechtsverweirer einen Wucherpreis verlange. Die Anhänger des gleichen Wahlrechts müßten sich unter solchen Umständen allen Umständen überlegen, ob sie nicht lieber auf die Wäre verzichten sollen. Dem Zentrum komme es nicht darauf an, seine kirchlichen Interessen zu wahren, sondern seine politische Macht aufrechtzuerhalten. Am besten aufgehoben seien die Interessen der Kirche bei der Sozialdemokratie, die bekanntlich die Trennung von Kirche und Staat fordere und niemals ihre Hand dazu bieten werde, die Freiheit und die Rechte irgendeiner kirchlichen Richtung anzutasten. Im übrigen brauche man sich große Angst vor den Sicherungen nicht zu haben, denn „Sicherungen“ brechen mandamental ab. So werde es auch hier kommen. Die Mut werde annehmen und den künstlich errichteten Damm niederbrechen. Die Sozialdemokratie lehne die Sicherungen ab, weil sie sich nicht mit schuldig machen wolle an der Verschärfung des Wahlrechtsversprechens. Schelte die gleiche Wahlrecht die Welt, so sei die Wahlrechtsbewegung damit nicht zu Ende. In dem neuen gewaltigen Kampfe um das wirkliche gleiche Wahlrecht würden die Wahlrechtsfreunde aus den Vorgängen der letzten Tage Waffen sammeln und sie gegen die wendenden, die offen aber behauptet das Volk weiter in Rechtlosigkeit halten und das Parlament zu einem Scheinparlament herabzusetzen wollen.

Nach Ablehnung der Sicherungsanträge wandte sich das Haus zu der Besprechung der einzelnen Bestimmungen, die eine Reihe von Kritikern der Verfassung in der Richtung einer Erweiterung des Wahlrechts des Zentrums ergänzen wollten. Unsere Großen Kirch und Strödel griffen wiederholt in die Debatte ein, um die verschiedenen Bestimmungen zu bekämpfen. Vorgehend: Die Reichstagslehre kündigte Verbesserungsvorschläge ab, so den kirchlichen Antrag, der eine Aufsichtspflicht des Abgeordnetenhauses vorschlägt, und den sozialdemokratischen Antrag, wonach es von dem Reich, daß das Zentrum das gleiche Wahlrecht annehmen

Beizugestimmt hat, der König das Recht hat, mit Zustimmung des Abgeordnetenhauses dem Reichsrat Gesetze vorzulegen.

Im großen ganzen sind von geringfügigen redaktionellen Änderungen abgesehen, die Beschlüsse der Kommission fertig geworden.

Die zweite Lesung des Verfassungsentwurfes ist damit beendet. Die Möglichkeit einer Verständigung ist geringer als vorher. Ob trotzdem bis zur dritten Lesung noch eine Verständigung zwischen der Regierung und der Reichstagskommission erzielt wird, bleibt abzuwarten.

Für den Beginn der dritten Lesung ist der Montag der nächsten Woche in Aussicht genommen. Bis dahin wird das Haus kleinere Vorlagen erörtern und in der Beratung des Reichstages fortfahren.

### Die 16. Reichstagskommission für Bevölkerungspolitik

erließte in ihrer Plenar-Sitzung die bekannten Richtlinien zur Regelung der Prostitution, die im § 6 des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten dem Bundesrat vorgelegt sind. Der Abg. Dr. Straube (Sp.) als Referent begründet die Beschlüsse des Untersuchungsausschusses, der die gesamte alte Sittenkontrolle in den Reichsländern bestehen lassen, weil sie angeblich notwendig sei als Schutzmittel für die Prostituierten, die die erleichterten Bedingungen der geschlechtlichen Ausübung nicht erfüllen wollen. Außerdem hat der Untersuchungsausschuss beantragt über eine bürgerliche Selbstkontrolle für Prostituierte, die wieder zu gesetzlicher Arbeit dem bürgerlichen Leben mit ihrer Zustimmung zurückgeführt werden sollen und infolgedessen einwärtigen Strafschlichtung genießen sollen. Nur die sozialdemokratischen Mitglieder erklärte Abg. Dr. Quara-Kranfurt a. M., daß die Ausführbearbeitungen leider abweichend von der früheren Beschlüsse der Kommission in Gegenwart der Regierung stattgefunden hätten und eine Einigung unter den Parteien dadurch von vornherein erschwert gewesen sei. Außerdem habe der Untersuchungsausschuss allen sozialdemokratischen Widersprüchen zum

Trag die alte Sittenkontrolle aufrechterhalten, während ihr Ziel durch die Schulpflicht und moderne sanitäre Einrichtungen zur Verbesserung der Verhältnisse für die Sozialdemokratie gelte. Auch ein Versuch, sämtliche die Sittenkontrolle aufzugeben, müßte der alten Sittenkontrolle im Inneren durch zu bezeugen. Den keine Partei gewandt habe, sei im Ausschuss berechnungsgewandigt. Ausgeschlossen wurden die Reichsländer, die mit den bürgerlichen Angehörigen der Sittenkontrolle bezeugen angenommen.

Ein Antrag des Zentrums, der noch weitere Verbesserungen gegen Prostituierte bezeugen, als er die Regierung über die Sittenkontrolle unter der Aufsicht durch den Reichsrat oder die Landesregierungen unter der Aufsicht durch den Reichsrat, die sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

Der Spezialbericht über die neue Schulpflicht ergab sich die Notwendigkeit weiterer Erörterungen darüber, ob eine Arbeit geüblicher und sozial gerichteter Elemente bei der gesamten Aufsicht für Prostituierte oder nur für die Schulpflicht vom Inneren durch vorgelegt sei. Die Diskussion ergab, daß eine Resolution bürgerlicher, sozialer und christlicher Elemente für die gesamte Aufsicht über die Prostituierten notwendig sei, daß daneben die Schulpflicht für Prostituierte bestehen und die wieder ins bürgerliche Leben zurückführen müssen und das Britiens auch für die Schulpflicht besondere Organe notwendig sind. Alle letztere haben die Sozialdemokraten zu wählen beantragt. Die Wohlfahrtsämter der Gemeinden. Dieser Antrag wird von der Kommission abgelehnt und statt dessen die Bestimmungen der Schulpflichtstellen in das Gebiet der Landespolizeibehörden gestellt. Damit war die Beratung der Richtlinien abgeschlossen. Nächste Sitzung Freitag vormittag.

### Der U-Bootskrieg.

Berlin, 7. Mai. (Anst.) Gines unfer Unterseeboote unter der bewährten Führung des Kapitänsleutnants Uebeg hat im Kanal fünf bewaffnete, tief beladene Dampfer mit zusammen 16000 Br.-R.-T. versenkt. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Der Friedensvertrag mit Rumänien.

Berlin, 7. Mai. Der heute unterzeichnete Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rumänien andererseits besagt in der Einleitung, daß die genannten Mächte beschlossen haben, die in Kurla am 5. März 1918 unterzeichneten Friedenspräliminarien in einen endgültigen Friedensvertrag umzugestalten. Das erste Kapitel betrifft die Wiederherstellung von Frieden und Freundschaft und besagt in Artikel 1, daß der Kriegszustand beendet ist und daß die vertraglich gebundenen Teile entschlossen sind, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben. Im Artikel 2 wird bestimmt, daß die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen den vertraglich gebundenen Teilen sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrages wieder aufgenommen werden und daß wegen der Auflösung der beiderseitigen Konsulate weitere Vereinbarungen vorbehalten bleiben. Artikel 2 regelt die

Demobilisierung der rumänischen Streitkräfte. Die unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages nach Rumänien der genannten Bestimmungen zurückgeführt werden sollen. Diese betreffen im wesentlichen, daß die Divisionen 1 bis 10, die zur Zeit in Bulgarien benutzten zwei Infanterie-Divisionen und die zwei Kavallerie-Divisionen der rumänischen Armee auf Kriegszustand bleiben, bis in der Ukraine durchgeführte militärische Operationen der verbündeten Mächte eine Befehle für die Grenzrumänien nicht mehr besteht. Die übrigen acht Divisionen sollen in der Moldau in veringertem Friedensstärke erhalten bleiben. Alle übrigen rumänischen Truppenteile, die nicht im Frieden bestanden haben, werden aufgelöst. Die aktive Dienstzeit bleibt die gleiche wie im Frieden. Die Reservisten sollen bis zum allgemeinen Friedensschluß nicht zu Wehrungen einbezogen werden.

Die infolge der Gerabsetzung oder Auflösung verfügbaren Geschütze, Nachschubwaggons, Panzern, Pferde, Wagen- und Munitionswagen werden bis zum Abschluß des allgemeinen Friedens dem Oberkommando der verbündeten Streitkräfte in den besetzten rumänischen Gebieten zur Aufbewahrung übergeben werden, wo sie von rumänischen Depottruppen unter der Oberaufsicht des Oberkommandos bewahrt und verwaltet werden. Die demobilisierten rumänischen Truppen sollen bis zur Räumung der besetzten rumänischen Gebiete in der Moldau verbleiben. Die demobilisierten Panzern und Reiter-Offiziere können in die besetzten Gebiete zurückkehren; aktive Offiziere hefteten dazu der Erlaubnis des Oberkommandos. In dem rumänischen Oberbefehlshaber in der Moldau tritt ein Generalstabsoffizier der verbündeten Mächte mit Stab, zu dem Oberkommando der verbündeten Streitkräfte in den besetzten rumänischen Gebieten ein rumänischer Generalstabsoffizier mit Stab als Verbindungsoffizier. Die rumänischen Flug- und Seezeitkräfte werden bis zur Räumung der besetzten Gebiete in Bulgarien in ihrer vollen Remanung und Ausrüstung belassen. Kapitel 3 regelt die

Gebietsabstretungen.

Ueßer die nach Nummer 1 der Friedenspräliminarien von Rumänien abzutretende Dobrußa wird bestimmt, daß Rumänien das ihm nach dem Bukarester Friedensvertrag von 1913 zugewiesene bulgarische Gebiet an Bulgarien mit einer Grenzbestimmung zu dessen Gunsten wieder abtritt. Die neue bulgarische Grenze ist auf einer Karte, die einen wesentlichen Bestandteil des Friedensvertrages bildet, bezeichnet. Eine aus Vertretern der verbündeten Mächte zusammengesetzte Kommission soll alsbald nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages an Ort und Stelle die neue Grenzlinie in der Dobrußa feststellen und verzeichnen.

An die verbündeten Mächte tritt Rumänien den nördlich der soeben erwähnten neuen Grenzlinie liegenden Teil der Dobrußa bis zur Donau ab, und zwar jenen Teil der Gabelung des Stroms und dem Schwarzen Meere bis zum St.-Georgs-Ar. Die verbündeten Mächte werden dafür Sorge tragen, daß Rumänien einen geeigneten Handelsweg nach dem Schwarzen Meere über Cernahova-Constanza erhält. Rumänien ist ferner damit einverstanden, daß seine Grenze zwischen Cettarisch-Ungarn eine Verantwörung erfährt. Die neue Grenze beginnt beim Eisenbahndurchgang westlich Turn-Severin, südlich Tudora, und ist in Artikel 11 des Friedensvertrages genau beschrieben und auf einer anliegenden Karte, die ebenfalls einen wesentlichen Bestandteil des Friedensvertrages bildet, eingetragen und erdet am Brühl, einen Kilometer südlich Buzau. Zwei gemischte Kommissionen sollen unmittelbar nach der Ratifikation des Friedensvertrages an Ort und Stelle die neue Grenzlinie feststellen und verzeichnen.

Kapitel 1 behandelt die Kriegsschadigungen und besagt in Artikel 18: Die vertraglich gebundenen Teile verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegsschadigungen. b. h. der staatlichen Aufwendungen für die Kriegführung. Wegen der Regelung von Kriegsschadigungen bleiben besondere Vereinbarungen vorbehalten. — Kapitel 5 betrifft die

Räumung der besetzten Gebiete.

Artikel 14: Die von den Streitkräften der verbündeten Mächte besetzten rumänischen Gebiete werden vorbehaltlich der Bestimmungen über die Gebietsabstretungen zu einem später zu vereinbarenden

Zeitpunkt geräumt werden. Während der Zeit der Besetzung der Städte der Besatzungsarmee, abgesehen von den im Wirtschaftsbereich verwendeten Formationen, sechs Divisionen nicht übersteigen. Artikel 15: Bis zur Ratifikation des Friedensvertrages bleibt die gegenwärtige Okkupationsverwaltung mit den von ihr bisher ausgeübten Befugnissen bestehen, doch ist die rumänische Regierung alsbald nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages schuldig, zur Ergänzung der Beamtenbesetzung die geeigneten rumänischen Ernennungen und Entlassungen vorzunehmen. Artikel 16: Nach der Ratifikation des Friedensvertrages wird die Zivilverwaltung der besetzten Gebiete den rumänischen Behörden nach Maßgabe der Artikel 17 bis 23 wieder übergeben werden. In diesen Artikeln wird u. a. bestimmt, daß dem Rumänien die rumänischen Regierung entsprechend bis zur Räumung der besetzten Gebiete den rumänischen Ministerien je ein Zivilbeamter der Okkupationsverwaltung beizugeben werde, um den Übergang der Zivilverwaltung auf die rumänischen Behörden vollständig zu erleichtern. Ferner haben die rumänischen Behörden den Anordnungen zu entsprechen, welche die Befehlshaber der Besatzungsarmee im Interesse der Sicherheit der besetzten Gebiete, sowie der Sicherheit des Unterhalts und der Verteilung ihrer Truppen für erforderlich erachten. Die Besatzungsformationen, wie im besonderen die Eisenbahnen, Post und Telegraphen, werden bis auf weiteres in militärischer Verwaltung bleiben. Die Gerichtsbarkeit über die Angehörigen der Besatzungsarmee, und zwar sowohl in Strafjahren wie in Zivilsachen, verbleibt ebenso wie die Polizeigewalt über diese Personen in vollem Umfang den verbündeten Mächten. Strafbar Handlungen gegen die Besatzungsarmee werden von dessen Militärgerichtsbarkeit abgeurteilt werden, das gleiche gilt für Zusammenhänge gegen Anordnungen der Okkupationsverwaltung.

Die Rückwanderung in die besetzten Gebiete soll nur in dem Maße erfolgen, wie die rumänische Regierung den Unterhalt der Rückwanderer durch eine entsprechende Einfuhr von Lebensmitteln aus der Moldau oder aus Bulgarien sicherstellt. Nach der Ratifikation des Friedensvertrages wird das Besatzungsarmee-Material nicht mehr vornehmen. Das Recht des Oberkommandos zur Requisition von Getreide, Hülsenfrüchten, Futtermitteln, Wolle, Vieh und Fleisch aus den Erzeugnissen des Jahres 1918, ferner von Holz, sowie von Erdöl und Erdölzeugnissen bleibt jedoch bestehen, ebenso das Recht, wegen der Verminderung der Verarbeitung, der Beförderung und der Verteilung dieser Produkte erforderlichen Anordnungen zu treffen. Dabei wird auf die Befreiung eines ordnungsmäßigen Aufbringungsbereiches, sowie auf die Befreiung des rumänischen Inlandsverkehrs gegenüber dem Besatzungsarmee-Material. Im übrigen hat die rumänische Regierung den Ursachen des Oberkommandos um Vornahme von Requisitionen für die Bedürfnisse des Besatzungsarmee zu entsprechen, ebenso von Requisitionen sonstiger Gegenstände, die von Rumänien nach den anberaumten Vereinbarungen zu liefern sind. Von der Ratifikation des Friedensvertrages an wird der

Unterhalt des Besatzungsarmee

mit Einschluß der dafür vorgenommenen Requisitionen auf Kosten Rumänien erfolgen. Die anderen requirierten Gegenstände werden die Aufwendungen, die aus Mitteln der verbündeten Mächte in den besetzten Gebieten für öffentliche Arbeiten mit Einschluß der gewerblichen Unternehmungen gemacht worden sind, diesen Mächten bei der Übergabe eristet werden. Bis zur Räumung der besetzten Gebiete werden diese gewerblichen Unternehmungen in militärischer Verwaltung bleiben. Kapitel 8 enthält die

Regelung der Donauschiffahrt.

Danach wird Rumänien mit den verbündeten Mächten ein neue Donauschiffahrt abstellen. Die Verhandlungen darüber sollen möglichst bald nach der Ratifikation des Friedensvertrages beginnen. Für den Strom von Bratia abwärts im Einfluß dieses Stroms, wird die europäische Donaufahrt unter dem Namen Donaufahrtskommission als dauernde Einrichtung aufrechterhalten werden. Sie wird fortan nur aus Vertretern von Staaten bestehen, die an der Donau oder an der europäischen Seite des Schwarzmeeres gelegen sind. Rumänien behält den Schiffsverkehr der anderen vertraglich gebundenen Teile des freien Verkehrs auf dem rumänischen Teil der Donau, mit Einschluß der zugehörigen Häfen und wird von ihren Schiffen und Flößen und von deren Ladung keine Gebühre erheben, die sich lediglich auf die Befreiung der Befreiung des Stromes gründen; auch wird Rumänien künftig auf dem Strom keine anderen Gebühren erheben, als die durch die neue Donaufahrtskommission zugelassen werden. Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, die Türkei und Rumänien haben das Recht, auf der Donau Kriegsschiffe zu halten. Tiefe dringen Strom abwärts bis zum Meere, Stromaufwärts bis zur oberen Grenze des Schiffsverkehrs. Sie dürfen aber mit dem Meer oder anderen Staaten nur im Zusammenhang dieses Stroms in Verkehr treten. Jede der in der Donaufahrtskommission vertretenen Mächte hat das Recht, je zwei leichte Kriegsschiffe als Patrouillen auf dem Strom zu halten. Diese können ohne besondere Ermächtigung bis nach Bratia hinaus vordringen.

Kapitel  
behalten  
Einfluß  
politisch  
wird auch  
um die Ein  
Einfluß  
Rumänien  
lassen werden  
es im all  
haben, oder  
dort gebende  
rumänische  
Kapitel  
die militä  
gerade die  
dem Frieden  
Wiederherst  
und Bräutig  
nen, Sibi  
sollen nicht  
Am Don  
Abg. W  
der Einfuhr  
Werte des  
schadet ihrer  
Ochert  
oder Wiener  
längere Zei  
betriebe. (S  
fange mit  
politischem  
gefallen wer  
freundlichen  
nicht zu.  
Abg. G  
juchrichte  
Ochert  
Abg. G  
Belgie gef  
des Freie  
worden, die  
soll. Was g  
wendung de  
Werte der  
Direktor  
Streitange  
Abg. D  
ganges 186  
gemeinen U  
faurmeile  
Rückwärts  
Ochert  
haben, un  
nomen  
Einführung  
Beute, als  
fange lang  
schließt sich  
dieser Prei  
sonen befin  
treter und  
ohne Schw  
herausgezo  
den Cris  
Abg. D  
Interesse d  
für die Fort  
bedürfen. I  
in Rumän  
Verordnung  
den Mächte  
Unterh  
Verordnung  
Verordnung  
der Reberg  
hat jedoch  
Sierau  
fortschritt  
Abg. E  
Beschwerde  
Kriegsgefahr  
sein Recht  
fuhre und  
mitwendig  
tragen; ab  
bis zum  
gerade die  
gleichmäßig  
Abg. G  
den buse  
der sich dor  
aber nach  
Höher  
Lese  
Gleiche und  
die die W  
die Arbeit  
Sielinge  
Sien und  
Wir müße  
treuend de  
festigen  
gehört die  
gang der  
Abg. J  
tung sozial  
Sierau  
In d  
Abg.  
beschäftig  
Hebergang  
anerkannt  
Abg.  
Industrie  
ben sollte,  
gut tragen  
Schonung  
sich unter  
bergeben, i  
Anforderu  
zu den A  
was das



Kapitel 7 behandelt die Gleichstellung der Religionen. Bekanntlich in Rumänien. Es wird u. a. bestimmt, daß die Gleichberechtigung der religiösen Bekenntnisse in Rumänien keinen Einfluß auf die Rechtstellung der Einwohner, insbesondere auf ihre politischen und bürgerlichen Rechte, ausüben. Dieser Grundsatz wird auch insoweit zur Durchführung gebracht, als es sich um die Einbürgerung der jüdischen Bevölkerung Rumäniens mit Einschluß der Juden handelt. Zu diesem Zweck wird in Rumänien bis zu Ratifikation des Abkommens ein Gesetz erlassen werden, wonach ebenfalls alle Staatsbürger, die am Krieg, sei es im aktiven Militärdienst, sei es im Inland, teilgenommen haben, oder die im Lande geboren und dort unglücklich sind und dort geborenen Eltern angehören, ohne weiteres als vollrechtig zumächtige Staatsbürger angesehen werden sollen.

Kapitel 8 enthält die Schlußbestimmungen. Danach werden die wirtschaftlichen Beziehungen in Einzelverträgen geregelt, die, soweit nicht ein anderes bestimmt ist, gleichmäßig mit dem Friedensvertrag in Kraft treten. In gleiche gilt von der Wiederherstellung der Rechtsbeziehungen, der Regelung von Streitigkeiten und Verbindlichkeiten, dem Austausch der Kriegsgefangenen, Sibirieninternierten usw. Die Ratifikationsurkunden sollen möglichst bald in Wien ausgetauscht werden.

### Reichstag.

100. Sitzung, Dienstag, 7. Mai, 2 Uhr.  
Im Bundesrat: Hr. v. Stein.

#### Anfragen.

Abg. Wendel (Zog.) fragt nach den Gründen für das Verbot der Einfuhr der Wiener Arbeiter, während die Einfuhr der Werke des neutralen und auch des feindlichen Auslandes unbedeutend ihrer Stellung gestattet sei.

Oberst v. d. Bergh: Das Verbot der Einfuhr und des Betriebs der Wiener Arbeiter, was notwendig, weil das Blatt seit längerer Zeit eine erhebliche politische Verhinderung betreibt. (Hört, hört! v. d. Zog.) In beschränktem Umfang wird aber vor allem für die deutsche Presse und für die im politischen Leben lebenden Persönlichkeiten die Zeitung fortgesetzt werden. Das die Einfuhr der Werke des neutralen und feindlichen Auslandes unbedeutend ihrer Stellung gestattet sei, trifft nicht zu.

Abg. Emmel (Zog.) führt Frage über die Erhöhung von Besoldungen der Reichswirtschaftsämter.

Oberst v. d. Bergh antwortet darauf.  
Abg. Gumbel (Zog.): Betriebsbeschlüsse der im Reichsland-Bezug geführten Reichs-Verwaltungsbetriebe sind nach Beschlüssen der Werke zum Anlauf der Wurg Eisenwerke bestimmt worden, die zu einem Abbruch des Landbaus hergerichtet werden soll. Was bedeutet der Reichswirtschaftsamt, um eine solche Vermeidung der Arbeitslosigkeit der Reichswirtschaftsbetriebe durch die Kriegswirtschaft zu verhindern?

Direktor im Reichswirtschaftsamt Müller: Die Beschlüsse der Reichswirtschaftsämter sind nicht der Aufsicht der Reichsbehörden.

Abg. Dr. Müller-Reinhold (Sp.): Die Entlassung des Jahres 1918 des Landsturms ist nunmehr fertig worden. Zur allgemeinen Heberziehung wird aber denjenigen dieser ältesten Landsturme die Entlassung verweigert, die sich freiwillig zum Militärdienst gestellt haben.

Oberst v. d. Bergh: Die Landsturmer, die sich freiwillig gemeldet haben, unterliegen nicht der Bestimmung des § 86 der Wehrordnung, gelten vielmehr als für die Kriegsdauer angezogenen und haben als Kriegsfreiwillige Anspruch auf Entlassung erst bei Demobilisation. Selbstverständlich haben diese Leute, als sie sich in den Augusttagen 1914 meldeten, nicht mit einer so langen Kriegsdauer gerechnet. Das Kriegsmilitärwesen verändert sich nicht der Härten, die sich aus der Zurückbehaltung dieser Freiwilligen ergeben. Unter den in Frage kommenden Personen befinden sich aber viele Offiziere, Leutnants, Beamtenstellvertreter und Inhaber anderer wichtiger Dienststellen, aus denen für die schwere Schöpfung der militärischen Interessen nicht sofort Ersatzgelehrte werden können. Zunächst muß für entsprechende Ersatz geleistet werden.

Abg. Dr. Neumann-Geser (Sp.) stellt eine längere Anfrage im Interesse der Industrie für Ersatzlebensmittel, die für die Fortführung ihres Betriebes ab 1. Mai einer Genehmigung bedürftig sind. Die gestellten Anträge aber können erst in Wochen, ja in Monaten erledigt werden, so daß bei strenger Durchführung der Verordnung mit der Schließung zahlreicher Betriebe gerechnet werden müßte.

Unterstaatssekretär Dr. Müller: Bei der Durchführung einer Verordnung, die das Wirtschaftsleben so hart beaufschlagt, wie die Verordnung über die Herstellung von Ersatzlebensmitteln, sind in der Übergangszeit Härten nicht zu vermeiden. Der Reichswirtschaftsamt hat jedoch eine Reihe von Verfügungen getroffen.

#### Staats des Reichswirtschaftsamts

fortgesetzt.  
Abg. Riefing (Sp.): Die Kriegswirtschaft hat in der ganzen Bevölkerung eine gewaltige Umwälzung herbeigeführt, die Kriegswirtschaften nun so, als hätte der Staatsoberhaupt über kein Recht. Mit den neutralen Staaten sollten wir über die Einfuhr und Ausfuhr kurzfristige Verträge abschließen. Den Lebensnotwendigkeiten der Neutralen wollen wir gern Rechnung tragen; aber Wachsamkeit der Neutralen gegen England's Wünsche bis zum Ausgehen der Neutralität gegen uns dürfen wir und nicht gelassen lassen. Der Redner führt bei weiteren Klagen über ungenügendes Verhalten der Behörden bei Beschlagnahmen.

Abg. Gumbel (Zog.): Die wirtschaftlichen Gegenstände werden durch den Krieg außerordentlich verknüpft. Die Verknüpfung der sich daraus ergebenden Konflikte wird im Krieges zurückgehen, aber nach dem Krieg wird es zu schweren Zusammenstößen kommen. Die Lebenshaltung der Arbeiter hat sich enorm verschlechtert. Elend und Mangel können sie sich so gut wie gar nicht beschaffen, und die Preise für die Lebensmittel sind weit höher gestiegen als die Löhne. Auch die neuen Steuern belasten in erster Linie die Arbeiter, die letzten Jahren den Krieg verdient haben. Auch das Kriegsgeld, das ihnen schon im Krieg zufließen hat, ist durch den Krieg verloren gegangen. Sie müssen mit dem Abbruch von Arbeitskraft aufhören, die mit dem Ende des Krieges getrieben haben; die am 4. August 1914 heimkehrenden Arbeiter sind nun in der Lage, die Löhne nicht mehr zu verdienen. Arbeiter sind nun in der Lage, die Löhne nicht mehr zu verdienen. Arbeiter sind nun in der Lage, die Löhne nicht mehr zu verdienen.

Abg. Gumbel (Zog.) bespricht vom Reichswirtschaftsamt über die allgemeine Ausprägung geschlossen.  
In der Einzelberatung verlangt

Abg. Müller (Zog.), daß die Einkaufsvereinbarungen und Warenbeschaffungsstellen des Einzelhandels als Großhändler und für die Heberziehungswirtschaft als Großhändler vom Reichswirtschaftsamt anerkannt werden.

Abg. Zschke (Zog.) weist auf die schlechte Lage der Industrie hin, deren Verstaatlichung endlich ins Auge gefaßt werden sollte. Eine Verstaatlichung könnte die Landwirtschaft sehr gut tragen, ohne daß die Lebensmittel darum auch nur einen Pfennig teurer zu werden brauchen. Ganz besonders leiden natürlich unter der schlechten Lage dieser Industrie die Arbeiter im Kohlenbergbau, die Löhne sind um 127 % geringer als die Löhne im Eisenbergbau, die ebenfalls schon an sich in gar keinem Verhältnis zu den Arbeitern der Landwirtschaft stehen. Im Kohlenbergbau sucht man nach der Hilfsdienstleistung zu umgehen, indem man behauptet, die

Schließungsausschüsse seien für die Lohnfrage hier nicht kompetent, weil die Löhne im Aufpreis geregelt seien. Das ist natürlich ganz falsch, dort sind nur Mindestlöhne eingeführt. Ein Schließungsausschluß ist auf diese Verstaatlichung am besten zu verzichten; vollständig sorgt das Arbeitsamt für Ordnung.

Direktor im Reichswirtschaftsamt Dr. Müller teilt mit, daß dem Reichstag in nächster Zeit eine Karte zum Kaufpreis zugehen werde. Es werde alles geschehen, um den Kalkulation und den Kalkulation zu fördern.

Abg. Zschke (Zog.) wünscht, daß im Reichswirtschaftsamt die Ämter der sächsischen Bergarbeiter in derselben Weise angeordnet werden wie die der anderen.

Abg. Weg (Zog.) fordert die Einbeziehung der Lungenlubschlässe unter die in die Verordnungen der Berufsvereinigungen fallenden Berufsvereinigungen, da z. B. unter den Steinarbeitern 85 Prozent von der Lungenlubschlässe ergriffen werden. Weiter verlangt er den Ausbau der Schweißereien und weitgehende Einbeziehung von Aufsichtsmännern in geschweißten Gefäßbetrieben. Besonders die Bergarbeiter, aber auch andere Metallbetriebe arbeiten unter besonders gefährlichen Umständen. Die Arbeiter in solchen Betrieben müßte schützen. Es ist ersetzend, wie dort mit Leben und Gesundheit der Arbeiter gehandelt wird. Sie haben in einer Beziehung die Mittel und Wege gezeigt, wie Abhilfe zu schaffen ist. Können dürfen dabei keine Rücksichten (Rechtliche Bestimmungen bei den Zog.)  
Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr. Nachher der Marinestiel.  
Schluß 7 1/2 Uhr.

### Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1917.

Zum vierten Male seit Beginn des Weltkrieges erlattet die Großverkaufsgesellschaft ihren Jahresbericht. Die nicht anders zu erwarten, gibt dieser wiederum Kenntnis von einer ziemlich erheblichen Verringerung des Jahresumsatzes, die um so schwerer wiegt, als bei dem starken Anwachsen der Preise der tatsächliche Rückgang des Umsatzes ja noch bedeutender ist, als er im Geldwert ausgedrückt erscheint. Das Vermittlungsgeschäft der Gesellschaft erstreckte sich ja zum großen Teil auf importierte Artikel, die nachherade fast vollständig vom Markte verschwunden sind. Dazu kommt die ökonomische Verwahrlosung der wichtigsten Verbrauchsgegenstände, die im Interesse der Allgemeinheit nicht zu umgehen war. Immerhin kann sich die G.-V.-G. mit Recht darüber beklagen, daß die Leistungsfähigkeit und der gemeinsinnige Charakter des Unternehmens von den Behörden längst nicht in genügendem Maße anerkannt und in den Dienst der Allgemeinheit gestellt worden. Wir hätten sonst auf manchen Gebieten vielleicht bessere Erfahrungen mit der Kriegswirtschaft gemacht, als dies tatsächlich der Fall war.

Der Warenumsatz des Jahres 1917 stellte sich auf 107 737 282 Mark gegen 133 896 014 Mark im Vorjahre, so daß also ein Rückgang um 26 158 732 Mark oder um fast 20 Prozent stattgefunden hat. Auch die beiden Vorjahre hatten bereits Rückgänge aufzuweisen: 1915 hatte der Umsatz noch 152,9 und 1914 157,5 Millionen Mark betragen. Von dem Umsatz des letzten Jahres stammten für 5,8 Millionen gegen 6,7 Millionen im Vorjahre aus anderen genossenschaftlichen Quellen.

Selbstverständlich hatten auch die Eigenproduktionsbetriebe der Großverkaufsgesellschaft stark durch den Mangel an Rohmaterialien zu leiden. In den drei Zigarettenfabriken in Hamburg, Hohenstein und Frankenberg sank der Umsatz von 3,7 auf 3,3 Millionen Mark, also um 3 1/2 Prozent, während der Rückgang in der produzierten Menge sogar 26 Prozent betrug. Ueber die Hälfte des Umsatzes entfiel auf Seeresisierungen. Die Kantfabrik in Nordhausen verminderte ihren Umsatz von 648 000 auf 603 000 Mark oder um sieben Prozent. Die Seeresisierungen betragen hier ein Drittel des Umsatzes. In den beiden Zigarettenfabriken in Gröba und in Düsseldorf fand eine Verminderung des Umsatzes von 7,8 auf 7,4 Millionen Mark statt. Die außerordentlichen Schwierigkeiten in der Beschaffung der nötigen Rohstoffe und Teile wurden hier mit Schaltung des Zwangsinduzes, der Seitenverfertigungen und Vertriebsgesellschaft etwas abgemildert. Auch die Säbholzfabrik Lauchburg hatte 1917 eine Winderzeugung: statt 912 000 Mark hatte sie nur 774 000 Mark um. Ihren Umsatz vergrößert hat einzig und allein die Leinwandfabrik Gröba, die für 3 730 000 M. produzierte gegen 3 700 000 Mark im Vorjahre. Hierzu kommen dann noch einige kleinere Produktionsbetriebe. Insgesamt hat die Großverkaufsgesellschaft in ihren Fabriken einen Umsatz von 24,6 Millionen Mark und beschäftigt in ihnen 1114 Personen. — Die Kaufabteilung hatte im Giroverkehr einen Umsatz von 216 Millionen Mark im Uebel und 218 Millionen Mark im Kredit, im ersten einen geringeren Mehr, im letzteren einen Mindereinsatz von sechs Millionen gegenüber dem Vorjahre.

Die Gesamtzahl der von der Gesellschaft beschäftigten Personen betrug 1577 gegen 1892 im Vorjahre. Die freiwilligen Leistungen der Gesellschaft zugunsten ihrer Angestellten stellten sich im Berichtsjahr auf über eine halbe Million Mark.

Aus der Bilanz der Gesellschaft sind folgende Zahlen ersichtlicher: Stammkapital 10 Millionen Mark, soziale Fonds 1,7 Millionen Mark, Reserven 11 Millionen Mark. Bankanlagen bei der Großverkaufsgesellschaft 71,7 Millionen Mark, Kassen, Wertpapiere, usw. Guthaben 30 Millionen Mark, Grundstücke und Gebäude 8,3 Millionen Mark. Der Reineinnahme betrug 1 486 000 Mark gegen 2 176 000 Mark im Vorjahre. Nach Vorschlag der Verwaltung sollen davon fünf Prozent Zinsen auf eingesammltes Kapital, vier pro Zinsen vorgütung auf den Umsatz der angeschlossenen und zwei pro Zinsen auf den der nicht angeschlossenen Vereine verteilt werden. Der Rest in Höhe von 288 600 Mark fließt den verschiedenen Fonds zu.

### Ausland.

#### Ceesterreich-Ungarn.

Wien, 8. Mai. (Meldung des Wiener I. I. Korr. Bureau.) Nach der hiesigen Korrespondenz hat der tschechische Verband und der Südböhmische Verband einen Antrag an die Reichsregierung gestellt, in welchem u. a. der Vorschlag des Parlaments, der Wahrung des Mittel, der Einziehung von Preisdarstellungen in Böden und dem Standpunkt des Ministerpräsidenten in der Schlichtungswirtschaft und schließlich die Einberufung des Reichstages verlangt wird.

Wien, 8. Mai. Der Polenklub hat gestern einen Beschluß gefaßt, der Widerstand dagegen erhebt, daß Graf Czernin die Polen

nicht unter den Verteidigern der Unverfehrtheit des Reiches angeführt hat, über die Verteidiger auf Zeitung Valigians weitere Aufführung veranlaßt, die der Verhinderung Kaiser Karls, Polen gegenüber dieselbe Politik wie Kaiser Franz Joseph einhalten zu wollen, widersprechen und den Vorschlag gegen die Aufhebung des Parlamentes erneuert.

#### Ein abgelehntes Mißtrauensvotum.

Budapest, 8. Mai. (Meldung des Ung. Telegr.-Korr.-Bureau.) In einer Zusammenkunft der 48er Verfassungskommission hat gestern abend Ministerpräsident Dr. Wekerle die Änderungen der Wahlrechtsvorlage mitgeteilt, welche laut Uebereinkommen mit der widerstrebenden Arbeiterpartei die Durchführung des allgemeinen Wahlrechts ermöglichen soll. Nikolaus Zboran beantragte, zu erklären, die Partei habe kein Vertrauen zu der neuen Regierung Wekerles, da diese im Ausnahmefalle des Wahlrechts von ihrem ursprünglichen Standpunkt abgewichen. Nach längerer Aussprache, in deren Verlauf u. a. auch Graf Julius Andrássy und Graf Albert Apponyi dem neuen Kabinett Wekerles ihre Unterstützung bezeugten, wurde der Antrag Zborans mit 46 gegen 43 Stimmen abgelehnt.

#### Frankreich.

#### Bonnet-Rouge gerechtfertigt?

Genf, 8. Mai. Im Bonnet-Rouge-Prozess scheint die ganze Anklage einzufallen wie ein Kartenhaus. Ihre Grundlage war bisher die Anschuldigung, daß Duval die 345 000 Franc, die er im Bonnet-Rouge angelegt hatte, erst während des Krieges von Deutschland bekam und am 29. Juni 1915 bei der Versammlung des Internationales in Genf, Frau Amherst, deponieren ließ. Frau Amherst hatte auch bisher erklärt, sie könne Duval erst seit 1913, Duval hingegen behauptete, er habe schon im Juni 1914 im Hotel International gewohnt und bei der Hotelbesitzerin die 345 000 Franc als Gewinn aus der Liquidation der Bonnet-Rouge-Gesellschaft empfangen. Nun hat sich Frau Amherst bei der Festsetzung der Prozessurteile plötzlich erinnert, daß Duval wirklich schon vor dem Krieg in ihrem Hotel abblieb. Tatsächlich fand sie auch in ihrem Hotelregister eine Eintragung, wonach Duval am 26. und 27. Juni 1914 in Zimmer 32 gewohnt hat. Beamte des Genfer französischen Konsulats haben Einsicht in die Hotelbücher genommen und das bestätigt. Die Eintragung über die 345 000 Franc ist auch vom 29. Juni 1914 datiert. Ueber behauptete aber die Anklage, es liege ein Schreibfehler vor, es müßte richtig „1915“ heißen. Frau Amherst ist jetzt als Zeugin nach Paris gerufen worden, und von ihrer Aussage wird das Schicksal der Bonnet-Rouge-Deute wohl abhängen. Im Laufe des Monats traf in Genf ein Spezialkommissar der französischen Regierung ein, um Frau Amherst zu verhören, da sie abgerufen hat, nach Paris zu kommen. Im Bonnet-Rouge-Prozess machte Senator Franquet bei seiner Jugendanfrage über den Zusammenhang der Bonnet-Rouge-Deute mit den Neuzeräten im Mai und Juni 1917 die bisher unbekannteste Mitteilung, daß in jener Zeit in den Munitionsfabriken von Bourges und Nantes politische Versammlungen stattfanden, die alle das Thema hatten: „Deutschland war nicht schuld am Kriege, sondern die Länder der Engländer.“

#### Zwei Mädchen wegen Spionage hingerichtet.

Genf, 8. Mai. In Rom wurden zwei Mädchen, Josefina Albarez und Victorine Baudier, wegen Spionage hingerichtet.

### Parteiangelegenheiten.

#### Die Beiträge verprochen.

Eine am Sonntag in London abgeschlossene Reichsversammlung für den Wahlkreis Düsseldorf-Köln beschloß einstimmig, den Monatsbeitrag für männliche Parteimitglieder von 30 auf 60 Pf. und für weibliche Mitglieder von 15 auf 30 Pf. zu erhöhen. Die Zahl der Mitglieder im bezagangenen Jahre um rund 100 Prozent, von 526 auf 810, davon sind weibliche Mitglieder 388 gegen 118 im Vorjahre.

#### August Erfordt gestorben.

Am 18. April ist bei den Kämpfen im Westen der Genosse August Erfordt an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Er trat seit 1913 den Wahlkreis Solingen. August Erfordt war ein eifriger Verehrer der sozialdemokratischen Ideen. Seine Tätigkeit im Landtag gab zu den besten Zeugnissen für die Zukunft Anlaß. Nun hat auch ihm der Weltkrieg den Lebensabend und seine Ruhe genommen. Er hinterließ hinter sich eine Frau und vier Kinder, die noch nicht geboren wurden.

### Aus aller Welt.

#### Wegen Kriegsverrats zum Tode verurteilt.

Wien, 7. Mai. (Nachrichten.) Durch Urteil eines heim heimlich in Berlin geborenen Soldatengenerals vom 20. April d. J. in der kaiserlichen Kriegsgerichtsbarkeit, begangen nach seiner Abreise nach Holland, zum Tode verurteilt worden. Er war ein Mitglied der tschechischen Spionagemission in Holland in die Hände gefallen. Seine Abreise erfolgte auf eine Unternehmung hatte. Der Fall ist nicht bekannt, daß die außerordentlichen Gerichte aufmerksam zu machen, denen kaiserliche Beamten im neutralen Zustande ausgelegt sind.

#### Mineralkatastrophe.

Kopenhagen, 7. Mai. (Nachrichten.) Eine Katastrophe hat sich gestern bei Westport ereignet. Eine am Land getriebene Mine sollte von der Marineverwaltung entladen werden, sie explodierte jedoch vorzeitig mit ungeheurer Gewalt. Sechs Personen wurden sofort getötet, zwei schwer verletzt. Unter den Getöteten befindet sich ein holländischer Marineoffizier. Die Leichen der Getöteten wurden weit hinweggeschleudert.

#### Dresdner Polizeibericht vom 7. Mai.

Schadwinde. In Danks hatten in den letzten Tagen drei Schadwinde in Privatquartieren Wohnung genommen, die sich H. J. Jansen, D. Pfanz und Krawitz nannten, von denen Pfanz sich bei der Deutschen Bank, Alhale Danzig, ein Scheckkonto über 600 M. eröffnen ließ, um auf diese Weise in den Besitz eines Scheckbuchs zu gelangen. Sie kauften daraufhin bei verschiedenen Firmen Waren zu erheblichen Preisen und gaben hierfür Schecks in Zahlung, die aus dem noch in Händen des Pfanz befindlichen Scheckbuchs der Deutschen Bank, Alhale Danzig, entnommen waren, nachdem Pfanz den von ihm bei der Bank eingezahlten Betrag von 500 M. bereits vorher wieder abgehoben hatte. Das noch in Händen der Betrüger befindliche Scheckbuch der Deutschen Bank, Alhale Danzig, trägt die Nummern 929651—929700.

#### Vorhersage der sächsischen Landeswetterwarte

für den 9. Mai 1918:  
Keine wesentliche Veränderung.

Freitag den 10. Mai  
abends 6 1/2 Uhr  
**Z.G. Sitzung**  
Wettinerplatz.

Des Himmelfahrtsfestes wegen erscheint die nächste Nummer dieser Zeitung am Freitag.







Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

67. Sitzung, Dienstag, 7. Mai 1918, nachm. 4 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst der anderweitige Bericht der Finanzdeputation A über das Defizit 21.

Lehrerentlohnungsgesetz.

Es liegen hier abzuwickelnde Beschlüsse der beiden Kammern vor. Die zweite Kammer hatte beschlossen, die einmaligen Lehrerentlohnungen nur bis zu einem Gehaltssteuereinkommen bis zu 7800 M. zu gewähren, während die Erste Kammer die Grenze bis zu 13000 M. ausgedehnt hatte. Die Deputation empfiehlt der Kammer, bei ihrem früheren Beschlusse stehen zu bleiben.

Abg. Wirth (Soz.)

bermerkt, daß bei der Auszahlung der Lehrerentlohnungen mehrfach Härten vorgekommen seien, soweit es sich um Eisenbahner handele. Die Staatsregierung habe zwar in der Deputation erklärt, daß human verfahren werden solle, die unteren Verwaltungsstellen scheinen sich aber nicht danach zu richten.

Vizepräsident Frickhoff (Soz.)

Bei den Deputationsberatungen habe man natürlich ebenso wenig wie die Regierung an alle Fälle denken können, die eingetreten sind. Sollte nach dem genauen Wortlaut der Verordnung verfahren werden, dann käme man zu einer Tragik, die nicht gewollt sei. So sei z. B. ein Postbeamter, der 15 bis 20 Jahre im Staatsdienst stand, dann entlassen worden und jetzt wieder entlassen werden soll, aber erst nach dem 1. April, die Lehrerentlohnung verweigert worden. Das sei keine liberale Auslegung des Gesetzes; er ersuche die Regierung, liberal zu verfahren.

Abg. Dr. Seyfert (natl.)

hält den Beschluß der Ersten Kammer für richtig.

Abg. Dr. Seyfert (natl.) macht darauf aufmerksam, daß den Beschlüssen noch nicht die Unterstützung ausgedrückt worden sei. Er bitte, dies bis zum 15. Mai zu bewerkstelligen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß alle diejenigen Personen, die vor ihrem Eintritt in das Meer mindestens vier Monate im Staatsdienste standen, die Lehrerentlohnungen erhalten sollen. Darauf wird der Deputationsantrag zum Beschluß erhoben.

Bei Kapitel 52, 53 und 54: Landesgesundheitsamt, Untersuchungsanstalten für öffentliche Gesundheitspflege, Volkshilfsanstalten usw.

Abg. Sanger (Soz.)

die Regierung auf einen Uebelstand aufmerksam, unter dem jetzt die ganze Bevölkerung leide. Die Gesundheitsverwaltung entlasse ungezügelt kranken Kranke Soldaten zu ihren Familien, was natürlich eine große Gefahr für die Umgebung dieser Kranken bedeute. Was in 20 Jahren in der Bekämpfung der Tuberkulose erreicht worden sei, werde auf diese Weise wieder in Frage gestellt. Kranken Kranke Soldaten gehörten in Anstalten, auf ihren Wunsch würden sie aber meist zu ihren Familien entlassen. Der Versuch zur Bekämpfung der Schwindsucht im Haushalt habe eine neue Verantwörtung eingetragen, die bei jeder Sprechstunde von solchen ehemaligen kranken Soldaten überfüllt sei. Die Regierung solle bei der Gesundheitsverwaltung darauf bestehen, daß Personen, in deren Haushalt Tuberkulosegefallene gehandelt werden, in Anstalten gebracht werden.

Abg. Wier (natl.) wendet sich gegen die Salvarsanbehandlung geschlechtskranker und tritt für die physikalisch-diätetische Heilweise ein, sowie für die Aushebung des Schwereberufs für Ärzte bei Behandlung von geschlechtskranken Personen. Im übrigen redet er der physikalisch-diätetischen Heilweise das Wort, mit der man dem Uebel bekämpfen könne.

Vizepräsident Frickhoff (Soz.)

Der Vorredner habe eine sehr wichtige Frage behandelt, aber in sehr einseitiger Weise. An der physikalisch-diätetischen Heilweise habe in dem Maße in den letzten Jahrhunderten ganz gewiß nicht gefehlt, trotzdem sie die Seuche gekannt. Die Furcht, daß bei einer Aushebung der Schwereberufe der Ärzte die Geschlechtskranken in die Hände der Kurpfuscherei geraten werden könnten, sei unbegründet. Bei Personen, die demnach geschlechtskrank sind und andere anstecken, sollte mindestens bei Antrag die strafrechtliche Verfolgung gegeben sein. Ueber die Salvarsanbehandlung könne man ja geteilter Meinung sein, die Krankenkassen hätten jedenfalls damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Für die physikalisch-diätetische Heilweise sei auch er, aber sie müßte durch einen approbierten Arzt ausgeübt werden.

Kultusminister Dr. Wed antwortet auf eine Anfrage des Vorredners, daß nach dem Erlaß an der Leipziger Universität eine Probekur für die physikalisch-diätetische Heilweise eingerichtet werden solle. Die physikalisch-diätetische Heilweise sei eines der wichtigsten Mittel, um unser Volk wieder besseren Verhältnissen entgegenzuführen.

Ministerdirektor Geint: Das Salvarsan sei zwar gegen die Syphilis kein Heilmittel, aber man habe damit doch sehr gute Erfolge erzielt. Wegen der vom Herze entlassenen Lungentranken würden mit der Gesundheitsverwaltung Verhandlungen geführt.

Die Anträge der Deputation werden angenommen. — Es folgen einige Kapitel des Kultusministeriums, Zusammenfassungen, allgemeine und unvorhergesehene Ausgaben des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts.

Kultusminister Dr. Wed erklärt dazu, daß neuerdings auch die Volkshilfsanstalten der Arbeiterorganisationen mit Staatsmitteln unterstützt würden, allerdings unter der Voraussetzung, daß in diesen Anstalten keine politischen Zwecke verfolgt werden. In diesem Grunde solle auch künftig festgehalten werden. Dann wird der Entwurf eines

Lehrerentlohnungsgesetz für Lehrer

in Schlußberatung genommen. Die Deputation beauftragt die Annahme der Vorlage in Uebereinstimmung mit der Ersten Kammer.

Abg. Brodau (Sp.): Die Vorlage befriedige die Wünsche der Lehrerschaft nicht. Seine politischen Freunde würden die Vorlage nur als provisorisches Gesetz annehmen.

Abg. Lange (Soz.)

hält die Vorlage auch nicht für befriedigend und weist auf den Widerspruch hin, der in der Stellung des Lehrers als Beamter und gleichzeitig als Inhaber der Lehrtätigkeit liegt. Diese Zweifelhaftheit führe oft zu Konflikten und dann sei die Aufsichtsbefugnisse zugleich Amtgeber und Richter. Eine Sicherung gegen Willkür müsse das Gesetz nicht. Mit einer solchen Maßnahme beschleunigter auf dem wichtigen Schulgebiete werde man keine großartige Reform erzielen.

Abg. Dr. Seyfert (natl.) bringt ebenfalls eine gewisse Enttäuschung seiner politischen Freunde zum Ausdruck.

Abg. Dr. Schanz (natl.) erklärt, daß seine Parteifreunde der Vorlage gern zustimmen; sie hätten ein Stück vorwärts.

Kultusminister Dr. Wed liest aus, die Vorlage bedeute jedenfalls einen wesentlichen Fortschritt bis zur allgemeinen Reorganisation des Beamten-Dienstverhältnisses. Wenn es zu der letzteren kommen werde, lasse sich heute oder noch nicht sagen.

Die Vorlage wird darauf angenommen. — Schließlich wird noch der Beschlusse der Deputation über die Verabreichung von Strafgerichten Personen vom 1. November 1902 ohne Debate beschlossen. Nächste Sitzung: Mittwoch, mittags 12 Uhr.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Selbstverwaltung der Gemeinden.

Dieses Kapitel bildet den Gegenstand hundertlanger Verhandlungen in der Ersten Kammer bei Beratung des Haushaltsplanes des Ministeriums des Innern. Oberbürgermeister Dr. Kolbe Leipzig gab dem Bundesrat kund, daß bei der Lebensmittelpflege der Gemeinden

Kriegsereignissen, die sich jemals hätten, nicht ohne Not geändert werden. Jetzt würden aber Bezirke, mit denen die Städte Abmachungen getroffen hätten, plötzlich neu eingeteilt, wodurch allen Berechnungen die Grundlage entzogen werde. So sei es bei der Kartoffelverteilung Leipzig gewesen. Eine zweite Beschwerde betraf die Kohlenverteilung. Die Großstädte erhielten jetzt so geringe Vorräte zugewiesen, daß eine Eindeckung im Sommer für die zahlungsfähigeren Kreise nicht möglich sei. Es würden infolgedessen mit Eintritt der Heizperiode Schwierigkeiten entstehen.

Staatsminister Graf Witzthum bemerkte, an den fortgesetzten Veränderungen der Versorgungsgebiete habe auch die Regierung kein Interesse, da sie ihre große Arbeit machten. Bei der Kartoffelverteilung sei die Abänderung eine Folge der harten Anforderungen der Gesundheitsverwaltung gewesen. In der Kohlenverteilung werde sich die Regierung mit Entschiedenheit bemühen, die sächsischen Interessen zu vertreten, damit keine Verlegenheit eintrete. In das von dem Oberbürgermeister Wäber und Reich geäußerte Loblied auf die Selbstverwaltung der Gemeinden stimmte er ein, wenn Wäber aber die Bezirksverbände ausgeschlossen habe, weil an ihrer Spitze der Amtshauptmann stehe, so wolle er für sie das Dob ausdrücklich nachholen, denn die Stellung der Amtshauptleute den Verbänden gegenüber und ihre Befugnisse zeigten charakteristische Merkmale der Selbstverwaltung. Die geringe Lebenshaltung der Lebensmittelpflege an die Bezirke sei eine unbedingte Notwendigkeit gewesen, sollte nicht eine heillose Zerstückelung eintreten. Die Städte um ihr Recht zu verkrüppeln habe der Regierung vollständig fern gelegen. Das gelte auch hinsichtlich des neuen Landeswohnsitzgesetzes, von dem Reich gesagt habe, er würde den Städten als Aufsichtsperson vor die Nase gesetzt. Der Wohnsitzgesetz sei nicht erst jetzt erlassen und besonders nicht zur Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung. Dem Wunsch, daß den Städten mit Rücksicht auf die drohende Geldnot schon jetzt die Aufnahme langfristiger Anleihen gestattet werden möchte, könne er die Erfüllung nicht in Aussicht stellen, weil ihm der wiederholt und dringend geäußerte Wunsch des Reiches entgegenstehe, ihm vor allen anderen Kreditföhrern auf dem Anleihemarkt den Vortritt für seine Anleihe und Reichsanleihen zu lassen. Nach Wiederkehr geordneter Verhältnisse wolle die Regierung prüfen, in welcher Beziehung das staatliche Aufsichtrecht über die Gemeindevorstellungen eine Einschränkung erfahren könnte. Er müsse jedoch darauf aufmerksam machen, daß die Verletzungen auf Verbesserung der Gemeindevorstellung zusammenfallen mit Änderungen des Gemeindevorstellungsgesetzes und damit mit dem Erwerb eines erhöhten Schutzes der Kinderheit gegen brutale Vergewaltigungen.

Oberbürgermeister Reil (Zwickau) wies darauf hin, daß sich der Landeswohnsitzgesetz nicht berühren, Gemeindevorstellungen würden jetzt noch für 45 Prozent zu haben sein, später werde man sich nicht mehr zahlen müssen. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden erhalte unter der jetzigen Leitung des Ministeriums des Innern nicht dieselbe Verwirklichung wie unter dem Minister von Witzthum, dem Begründer der Gemeindevorstellung.

Der Minister bestritt zwar letzteres und meinte im übrigen, jede Beschränkung habe ihre sachlichen Gründe.

Oberbürgermeister Wäber (Dresden) widersprach der Auffassung des Ministers, daß der Bezirksverband genau so ein Selbstverwaltungskörper sei wie die Gemeinden. Alle Ausführungen des Ministers könnten nichts an der Tatsache ändern, daß die Bezirksverbände sich als Selbstverwaltungskörper nicht im selben Maße auswirken könnten wie andere Selbstverwaltungskörper. Die ganze sächsische Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte sei darauf hinausgegangen, durch eine Ueberwälzung der Gesetzgebung die Verwaltung und das Leben in ein Profanitätsfeld zu legen. Der im Ministerium des Innern herrschende Geist erkenne nicht an, daß die Gemeindevorstellungen selbst sich entwickeln müssen, was ihnen fremd und daß ein staatliches Eingreifen auf Notfälle zu beschränkt sei. In der ganzen Staatsverwaltung habe sich seit Jahren das Bestreben geltend gemacht, nicht nur die Aufsicht zu führen, sondern an der Verwaltung selbst in großem Umfang teilzunehmen. Das treffe auch auf die Ministerien des Kultus und der Finanzen zu.

Mit einer kurzen Entgegnung des Ministers schloß die interessante Debatte.

Sächsische Hilfsaktion für das hungrierende Deutschböhmen.

Verchiedene Versammlungen der hungernden Deutschböhmen haben beschlossen, Abordnungen nach Dresden und Berlin zu senden. Wie mitgeteilt wird, ist die sächsische Regierung gern bereit, den Stammesbrüdern nach Maßgabe ihrer schwachen Kräfte zu helfen. Selbstverständlich kann die Hilfeleistung aber nur von Reichs wegen erfolgen, denn Sachsen ist nicht imstande, von seinen schmalen Ressourcen noch etwas abzugeben. Das übrige Deutschland müßte also Sachsen die nötigen darguleihenden Mengen ersetzen. Verhandlungen hierüber dürften im Augenblick bereits in Berlin schweben. Leider ist die Ernährungslage so, daß nicht viel zur Verfügung steht. Zahlen könnte nur Kartoffeln, Getreide, Dörrgemüse (das für eine etwaige Kartoffelnot aufgeschiebert worden ist) und Zerkaut abgeben, selbstverständlich auch nur in verhältnismäßig geringen Mengen. Andere Lebensmittel stehen nicht zur Verfügung. Im übrigen ist es selbstverständlich, daß die sächsische Regierung nach wie vor in erster Linie den Bedarf der sächsischen Bevölkerung sicherstellt, die es ohnehin seit Monaten nicht leicht hat. Bereits vor einiger Zeit waren übrigens einige Wiener Reichsratsmitglieder in Dresden, die um Hilfe baten.

Der Notstand in Böhmen hat offenbar einen bedenklichen Grad erreicht. Die Deutschen im Böhmerlande geben den Tischen daran die Hauptsache; sie behaupten, die sächsischen Gebiete mit landwirtschaftlichem Ueberfluß liefern nichts ab. Wie groß der Notstand in Böhmen ist, das wird illustriert durch eine Resolution, die kürzlich eine Versammlung in Habling angenommen hat, in der allerdings den Tischen alle Schuld in offenbar übertriebener Weise in die Schuhe geschoben wird.

„Trüben der als die englische“, sagt die Entschliessung, „lastet auf und die Engländer Ziele verfolgende stürmische Hungerplöbe. Unrecht blieb Deutschböhmen auf nach Recht und Gesetz, unerschrocken der Ruf nach Hilfe. Und so kam der Hunger mit all seinen Tücken und fordert täglich seine Opfer. Die Oesterreichische Landesregierung dem stürmischen Verweise für deutsche Flüchtlinge und Tene brachte. Wie können unsere Regierung an der Schuld an dem Tode Tausender deutscher Männer, Frauen und Kinder, die an den Folgen des Hungers starben und sterben. Wie können sie an der Schuld an dem Tode Tausender, die die Späteren Hüten und Säen. Wie können sie an, aus dem blühenden Deutschböhmen ein großes Exil, einen großen Friedhof gemacht zu haben.“ Zum Schluß heißt es: „In dieser höchsten Gefahr stehen wir dem konstatierenden Selbstbestimmungsrecht der Tschechen das Selbstbestimmungsrecht Deutschböhmen, der Abhaltung des Abwärtens gegenüber. Von der österreichischen Regierung helfen und fordern wir, daß ihr das Verwirklichen ihrer Ohnmacht, zu helfen, und die Pflicht der Rettung eines untergehenden Volkes in letzter Stunde die ständige Kraft verleihen, den Kampf gegen die Regierung des Deutschen Reichs zu geben mit dem Erlaßen, Deutschböhmen's Randvölk für die Krieges- und Lebensgefahr den reichsbewußten Versorgungsgebieten anzugliedern.“

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung entgegen und so die Not der Bevölkerung vergrößert; die organisatorischen Ungenügslichkeiten in Oesterreich mögen dazu beitragen, die Katastrophe zu steigern. Das die Not sehr groß ist, darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen. Wird doch behauptet, daß 1917 in Böhmen 2842 Personen infolge der Nahrungsmittelknappheit erkrankt und 1028 infolgedessen gestorben sind.

Die schon angedeutet, haben offensichtlich die deutsch-sächsischen Gegenstände in übertriebener Weise bei dieser Entscheidung mitgewirkt und vielleicht auch dazu beigetragen, den Notstand etwas trasser zu schildern, als er tatsächlich ist. Wahrscheinlich werden die sächsischen Agrarier nur die Praxis etwas forcierter betreiben, die auch bei unseren Bauern zu beobachten ist; es wird ein großer Teil der Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen abgesetzt, dadurch der allgemeinen Verteilung



neben den Leistungen durch den Mann auch Leistungen der Frau selbst ausgehen.

Die staatliche Regelung des Prostitutionswesens durch Sittenkontrolle oder Reglementierung habe nicht den erwarteten Erfolg gehabt.

Wie werde man aus diesen Schwierigkeiten herauskommen? Die Entscheidung sei schwer. Die Frauen würden nie eine befriedigende Lösung finden.

Zur die kolossale Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten machte die Fortschritte auch die Tatsache verantwortlich, daß heute die jungen Männer gänzlich ungewohnt der ihnen drohenden Gefahren von der Schulbank ins Leben hinausgelassen werden.

Die Rednerin schilderte dann in ergreifender Weise die verheerenden Wirkungen der Gonorrhoe und der Syphilis am Frauenkörper und meinte, daß, wenn der schon vor dem Kriege einsetzende Geburtenrückgang hauptsächlich auf das Konto der venereischen Erkrankungen zu legen war, man nun der Zukunft erhe recht mit den größten Besorgnissen entgegensehen könne.

Gestern könne hier nur, wenn die Kenntnis von den Geschlechtskrankheiten in die weitesten Volksschichten getragen werde. Das sei besonders eine Aufgabe der Frauen.

Geschlechtskranke müßten so schnell als möglich behandelt werden. Man sei sich auch bewußt geworden, daß unsere sittliche Erziehung vor dem Kriege verfallen sei.

Es folgte eine kurze Kusprosa, in der ein Vertreter der Naturheilkunde dagegen protestierte, daß durch Reich-

gesetz die Naturheilkunde bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ausgeschaltet werden solle.

Zur Beibehaltung des Winterpreiszuschlages für Milch.

Der Winterzuschlag auf die Milchpreise im Betrage von 2 Pf. für das Liter sollte nach der Bekanntmachung der Landesfeststelle vom 10. Oktober 1917 bis zum 19. Mai 1918 gelten.

Der Dresdner Kreisbauausschuß des Kriegslandwirtschaftlichen für ständige Interessen hat schon zwei Wochen vor der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung in einer Rundschreiben an die Landesfeststelle dringend von der Beibehaltung des Winterpreiszuschlages abgeraten.

Der Winterzuschlag auf die Milchpreise im Betrage von 2 Pf. für das Liter sollte nach der Bekanntmachung der Landesfeststelle vom 10. Oktober 1917 bis zum 19. Mai 1918 gelten.

Der Winterzuschlag auf die Milchpreise im Betrage von 2 Pf. für das Liter sollte nach der Bekanntmachung der Landesfeststelle vom 10. Oktober 1917 bis zum 19. Mai 1918 gelten.

Der Winterzuschlag auf die Milchpreise im Betrage von 2 Pf. für das Liter sollte nach der Bekanntmachung der Landesfeststelle vom 10. Oktober 1917 bis zum 19. Mai 1918 gelten.

Der Winterzuschlag auf die Milchpreise im Betrage von 2 Pf. für das Liter sollte nach der Bekanntmachung der Landesfeststelle vom 10. Oktober 1917 bis zum 19. Mai 1918 gelten.

Dresdner Lebensmittelversorgung.

Neue Brotarten.

Wie aus dem Kommunalverband Dresden und Umgebung mitgeteilt wird, wird zur Herstellung der von diesem auszugehenden Brotarten von jetzt an Mehl verwendet, dem ein beiderseits lösliches und süßbares Mäcker eingepulvert ist.

nächsten Polizeibeamten oder der nächsten Polizeiwache Remittieren zu geben und weiter in geeigneter Weise dafür zu sorgen, daß die Person, die die Brotkarte zur Be-

teilung vorgelegt hat, festgestellt werden. Da gefälschte Brotkarten von Kommunalverband, wie bekannt, mit Mehl nicht befüllt werden, liegt es im eigenen Interesse der Brot-

und Mehlhändler, den zur Befüllung vorgelegten Brotkarten die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Milchverteilung in der Stadt Dresden. In dieser Woche werden wieder 200 Gramm Milch für die Karten 1-8 der Reichsleistungskarte J abgegeben.

Verteilung von Kondensierter Milch. Auf Abkmit IV der roten Haushaltungskarte A und Abkmit III der blauen Haushaltungskarte B wird eine Dose Kondensmilch verteilt.

Die Geschäfte der Warenverlebensmittlung werden am Unterboden in anderen deutschen Großmärkten in der Dresdner Hauptmarkthalle amtlich durch die Marktverwaltung selbst, und zwar durch die hiermit beauftragte Inspektion der Halle, ausgeführt.

Für Parzellisten, Gartenbesitzer, Landwirte ersuchen wir im Verlage von Gustav Winters Buchhandlung, Franz Quelle Nachf. in Bremen, neben einem Naten und viele trefflichen Ratgeber bringen den Düngemittel-Werkblatt (Preis 25 Pf.) mit Anleitungen für die Düngung der Gärten und Parzellen (Düht- und Gemüseland) ein Werkblatt über Tabakbau im Kleinen (Preis 25 Pf.) Beide Schriften sind von einem bekannten Sachverständigen, dem Direktor der Landwirtschaftlichen Schule in Bremen, A. Samberger, verfaßt.

Die Fürsorgevermittlungsjelle Dresden-Stadt und Land teilt, wie man uns schreibt, für das Wohl der im Kriegsdienst stehenden Frauen (Industrie- und Arbeiterinnen, Arbeiterinnen im Verkehrsgewerbe).

Der Verein für Waldverhütung hat seinen Jahresbericht für das Jahr 1917. Wir entnehmen ihm, daß die beiden Stätten, wenn auch in einer durch den Krieg bedingten veränderten Weise, im Betriebe waren.

Die neue Stadtrat Geschäftsführer Genosse Eggert wurde vor der letzten Gesamtsitzung durch Oberbürgermeister Pflüger beauftragt und in sein neues Amt eingeweiht.

Radeberger Hutfabrik Dresden-A Moritzstr. 3

Größtes Spezialhaus für garnierte und ungarnte Damen- u. Kinderhüte am Platze

Hut-Ausstellung im Erdgeschoss, Lichthof und I. Stock.

Besichtigung derselben sowie unserer einzig dastehenden Riesenlager garnierter u. ungarnter Damen-, Kinder-, Backfisch-, Sport-, Reise- und Trauerhüte aller Preislagen ohne jeden Kaufzwang erbeten.

Vorteilhafte Bezugsquelle für Putzmacherinnen u. Händler.

Besuchen Sie bitte unsere 15 Schaufenster im Erdgeschoss und I. Stock.

Gummileder-Befohlung

ist und bleibt der vollkommenste Ersatz für Korneleder.

Befohlungs-Methode

wasserbeständiges Lederverfahren ausgeführt. Hohe Fertigkeit.

E. Voreiß, Oberberggasse 12, Ecke Prager Straße, Dresden-N., Am Markt 11 u. Görlitzer Straße 37.

Brennholz aller Art

in Rollen und Scheiten, oder ofenfertig, ferner klar gespalten und in Drahtzügen festgepresst, liefert an Händler und Private jeden Posten ab Lager oder frei vom Haus

Säge- und Spaltwerk M. Drechsel, Fröbelstr. 32, Fernruf 20 088.

Zu verkaufen vollvermietetes Haus, Torgauer Straße, das durch Ankauf einer Hypothek von 22500 M. mit Restschuld übernommen werden kann.



Keine Stadtverordnetenversammlung. In dieser Woche fällt die Gesamtsitzung der Stadtverordneten aus.

Die Filmvorträge im deutschen Zuban des Afrika-Forschers Hans Ederburg sind täglich um 8 Uhr im Vereinshaus statt. Der Film bringt: Sport und Jagd, Kräfte und Reiter aus dem inneren Afrika.

Reißes Hof in Niederwartha wird am Himmelfahrtstage eröffnet. Die größere Fischanlage ist wie im Vorjahre bis zum September täglich für die Befischung geöffnet und wird auch in diesem Jahre wieder viele Anregungen bieten.

Sarrasinis Muzepa-Schau wird am Himmelfahrtstage zweimal aufgeführt, am Nachmittag um 3 Uhr und am Abend um 7 Uhr.

Im Lunapark ist am Himmelfahrtstage und kommenden Sonntag großes Konzert.

6. Kreis. Cullung. Von Parteifreund Sch. in Laubegau zum Kampf für Frieden und Freiheit 3. April erhalten. D. R. A. H. M. A. N. N.

Aus der Umgebung.

Böhmen. Auf den bereits in den Geschäften angemeldeten Abchnitt 19 kommen von heute an 1 1/2 Pfund Getreide und 350 Gramm Honig zum Verkauf. - Donnerstag erfolgt Belieferung des Abchnitts I der Lebensmittelkarte auf die Zeit vom 14. 4. bis 21. 4. - Abchnitt 20 der Lebensmittelkarte ist bis Donnerstag in den Geschäften zur Belieferung mit Warmlade angemeldet. - Freitag vormittag von 8-12 Uhr Verkauf von Perlingen, Züch-Hoff, Seife und Seifenpulver (gegen Karte) und Soullons-Markeln im Verkaufslokal der Gemeinde. - Von Sonnabend an steht in den Geschäften auf Abchnitt M der Lebensmittelkarte Margarine zur Verfügung. - Die Ausgabe der neuen Grosmarken um. erfolgt für die Dresdner Straße und Bergstraße Nr. 5, 6 und 8 Sonnabend vormittag von 8-12 Uhr im Gashof zur Krone und für den oberen Ortsteil am selben Tage nachmittags von 3 bis

6 Uhr im Gemeindepark. In den Vertrauensmännerbezirken erfolgt die Ausgabe vom Freitag an.

Breslau. Margarine auf Margarinekarten, pro Kopf 80 Gramm; Warmlade, pro Kopf 1 Pfund, 92 Pf.; Kunst-Honig, pro Kopf 400 Gramm, auf Bezugsscheinen 35; dieselbe um 14 Donnerstag abend in den Geschäften angemeldet werden. Die Geschäfte haben ihren Bedarf Freitag früh im Gemeindepark anzumelden. Dienstag Perlinge, pro Kopf 80 Gramm, 16 Pf., auf Bezugsscheinen 30. Dienstag und Mittwoch werden die 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

Kennis. Freitag werden im Weinschloß Gashof, nachmittags von 3 1/2 bis 6 1/2 Uhr, die neuen Lebensmittelkarten und die Kranfenzugkarten ausgegeben. In denselben Zeit werden auch Bezugsscheine für Büchermisch an Familien, die keine Kaufschulden erhalten, ausgegeben. Verkäufer werden die Nummern 1-45 bei Weidemann, 46 bis 96 bei Treusch, 97-144 bei Knorr, 145-192 bei Johne, 193-240 bei Ventland. - Freitag und Sonnabend Ausgabe von Rollen bei Töring, hier. Auf jede Rollengrundkarte zwei Rollen.

Zersch. Die für die nächste Versorgungszeit gültigen Brot-, Fleisch-, Rohmittel-, Zucker-, Speis- und Milchkarten werden Freitag in der hiesigen Zersch ausgegeben. Schwerearbeiterzulagen erhalten besondere Ausweise, ebenso sind auf Erwerbslosen Nachweise über die Höhe des Einkommens und das Alter der Kinder zu erbringen. Die nicht abgetheilten Karten werden Montag, vormittags von 9-11 Uhr, im Zimmer Nr. 4 des Gemeindepark ausgegeben.

Kaufmann. (Lebensmittelkartenverteilung.) Die für die Zeit vom 12. d. M. an gültigen Lebensmittelkarten kommen für Lebensmittelkarten 1-470 Freitag nachmittags von 3-5 Uhr, 471-950 von 5-7 Uhr, 951-1419 Sonnabend nachmittags von 1-3 Uhr, 1420-1820 von 3-5 Uhr im Marktplatz, Vereinszimmer, Hauptstraße 40, zur Verteilung. Die Ausweisarten sind vorgelegten Personen, die Anspruch auf die Schwerearbeiterzulage in Brot erhalten, haben bei der Ausgabe die erforderliche neu eingeleitete Bescheinigung vom Arbeitgeber vorzulegen. Die alten Bescheinigungen sind ungültig.

Radeful. Warmlade wird nächsten Freitag auf Grund der bestehenden Kundenlisten verteilt. Jede Person erhält 1 Pfund zum Preise von 92 Pf.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Gänzlich.

In der Nacht zum 12. Februar begab sich der ehemalige Ausfüh. K. seit 1914 Soldat, mit seiner Mutter, Frau E., und seiner Schwester,

Frau E., nach Remersdorf. Durch Locken einiger Karten aus dem Haus verließ sich K. jenseits zu einem Garten und ließ aus dem Hinterfall die Gasse und aus dem Jenseits eine hochtragende Kiste. Auf einer Wiese schlachtete man zwei Kaninchen und die Ziegen. In einem Traubenschiff und einem Zand wurde alles sortiert. Da das sehr mühselig war, ließ man aus einem Grundstück in Grabung einen Kanarienvogel, mit dem man die Wiese hinführen ließ. Am Traubenschiff wurde das Kanarienvogel gefangen. Bei der Verhandlung wurde festgestellt, daß die Frau des K., die aus Hannover auf dem Weg war, ebenfalls habe, das Hungerleben in Dresden nicht länger ertragen zu können. Sie habe sich, etwas Nöthigeres zu besorgen. Die Angeklagten waren alle schuldig. Das Gericht erklärte bei K. ein Jahr Gefängnis, bei E. ein Jahr, bei K. ein Jahr Gefängnis. Von den Angeklagten lebte eine Woche Gefängnis.

Jugendverfall.

Auf Wanderschaft. Letzte die Anlage gegen die 19-jährige Jugendverfallin E., und ihre 14-jährige Stiegin E. wurde in Dresden und hier in der Stadt. Sie haben gemeinsam in 33 Häusern Diebstahl in Kassen, Kisten und Kisten ausübt. Außerdem hat jede der Jugendlichen mit einem selbständigen Diebstahl bestraft. Sie sind, ebenfalls in einem Kasten, hiesig mehrere Artikel gestohlen und während die eine die Verkaufsbüchse, die andere, was die Kleiderstücke darob und verarbeitete die Wäsche in einer mitgebrachten Kasse. Als Diebstahlbeute kommen fast alle Arten der Konsumgüter in Betracht. In einigen Fällen arbeiteten sie auch mit Gefährlich in Schuhwerkgeschäften. Als echte Diebe hat man auf dem Hinterboden des Kassenhahns über viele mit Kleingeld, der hiesigen Polizei mehrere Gelder, in die Hände, aber auch aus Kassen hatten sie Gelder von der Kasse weg. Das jugendliche Verbrechen ist ein Schicksal für 210 M., aus einem Traubenschiff. Nach den Gutachten der Geschworenen vom 27. März ist die E. von beiden Eltern erbtlich und wohnt. Der Mutter ist schwachmüdig, der Vater war ein Trinker. Nach die Angeklagte ist als schwachmüdig zu bezeichnen, sie ist unter möglichsten Umständen aufzuwachen, ungenügend intelligent und leicht zu verleiten. Das geringe Alter von E. ist ein Umstand, der in Betracht zu ziehen ist. Die Angeklagten sind nicht straffällig geworden. Sie können nicht als weisungsfähig in ihrer Straftaten verurteilt werden. Auf dieses Verbrechen hin wurde die E. freigesprochen, die E. aber nur wegen einfacher Diebstahl zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsvorbereitung wurde mitgeteilt, daß das Verbrechen nach dem Urteil der E. den Begriff des Wanderschiffes fallen ließ.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sach. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Max Seifert. Dresden-Zeitung. - Druck und Verlag: Aden u. Kamp, Dresden.

Messow & Waldschmidt

KURZWAREN

Table listing various goods and their prices. Columns include: Stahl-Stednadeln 55, Wäscheknöpfe 12, Schuhfintel 85, Korsettintel 45, Schuhfintel 38, Berlmutternknöpfe 15, Nähnadeln 10, Haarnadeln 22, Strumpfhalter 85, Haarnadeln 22, Lochnadeln 15, Zellenoid-Knöpfe 75, Glas-Knöpfe 45, Haarnadeln 22, Lochnadeln 15, Zellenoid-Knöpfe 75, Glas-Knöpfe 45, Haarnadeln 22, Lochnadeln 15, Zellenoid-Knöpfe 75, Glas-Knöpfe 45.

Der Zentral-Arbeitsnachweis mit Hilfsdienst-Meldestelle vermittelt gelernte und ungelernete, männliche und weibliche Arbeitskräfte. Er empfiehlt den Arbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte des „Heimatbank“.

Dreher werden eingestellt The United Cigarette Machine Company, Ltd. Dresden, Postfachstraße 43.

Holzbildhauer, Beizer und Möbeltischler werden sofort für dauernd gesucht von G. Herrmann & Söhne, Postfach.

Selernste Dreher sofort gesucht für Beschäftigung Maschinenfabrik Rodtrod & Schneider Nachf. u. G. Selbwan.

Tischler auf weiße Möbel für dauernde Arbeit suchen für unser Tischler bez. für unser Arbeiter bez.

Tüchtige Maschinenschlosser und tüchtige Schlosser für Reparaturen elektrischer Maschinen sofort gesucht.

Arbeiterinnen für Lumpensortierung W. Klidermann Nachf., Bornwerfstr. 24.

Kräftige Arbeiterinnen für Tag- und Nachtschicht sofort verlangt.

Heißprägerin für dauernde Arbeit gesucht.

Tüchtige, durchaus selbstständig arbeitende Heizungsmonteure für alle Leistungen zum baldigen Eintritt gesucht.

Arbeiter zum Einbau von Weidenstühlen gesucht.

Wohnhaus in Haderbeul mit 6 Zimmern, 2 Bädern, 2 Kellern, 2 WCs, 2 Veranden, 2 Terrassen, 2 Loggien, 2 Balkonen, 2 Veranden, 2 Terrassen, 2 Loggien, 2 Balkonen.











und Wunder; alle seine angeblichen Reden sind allegorische Hinweise auf seine Gotttheit, und dieselben sind die Hinweise, daß seine nächsten Jünger, ihm als Menschen aufsehend, nicht verstehen. Die Wunder, die der Jesus der Erde hat, die Himmelstür eingeklinkt, sollen durch die als Wunder oder Wunderbilder genommen werden, wie das die „aufgelichteten“ Gottesgelehrten wollten, sondern als klare Durchdringungen des natürlichen Ganges der Dinge, als „Wortes-zeichen“, welche die danach fragenden Jüden befehligen sollten. Sie sind auf keine Art „vermuthungsmäßig“ zu erklären — mit solchen Versuchen kann man sich heute nur lächerlich machen. Aber sie sind auch kein bewusster Schwindel, sondern eben das Göttliche im Sinne der Sagen. Die Himmelstür ist das letzte und höchste Zeichen der Göttlichkeit, das Überauswärtigen in die eigentliche Heimat. Als in achtzigste Jahrhundert hat denn auch eigentlich kein Christ an der Gottheit Jesu gezweifelt. Aber damals begann die „Kufklärung“, der Zweifel an die Möglichkeit von Wundern und Wunderschreibern; damals erst haben die „vermuthungsmäßig“ Theologen aus dem Götterglauben einen Menschen gemacht — ohne alle und jede Verantwortlichkeit.

Jesus (— Josua — Gottschick) ist durchaus ein Abfall der jüdischen Propheten und Heilsgüter Moses und Josua, Elia und Elias; er ist nur ein Wunder, die diese auch schon taten —, Moses verjüngt hat dann umgekehrt und Elia führt sogar im feurigen Wagen zum Himmel. Auch der Uebervater Henoch führt zum Himmel —, aber sein Alter von 365 Jahren ist, daß er nur der Sommer-Jahresgott ist. Auch Jesus ist als solcher mitgedacht — sein Geburtstag am 25. Dezember, sein Auferstehen am Frühlingstag beweist das, die Himmelstür mit dem anderen hebräischen Götter übertra. Die Juden (und die Christen gebären vorerst ganz zu ihnen) erschufen und erschrieben ein weltliches Reich, erst nach den blutigen Niederlagen im Jahre 70 und 135 verlegte ein Teil dieses Reichs in eine jüdische, bessere Welt — das waren dann eben die Christen. Der halbmythologisch gedachte Jüdenmessias wurde zum toten Gott; wie seine Verleugung entstand, wissen wir nicht.

Jesus ist für uns die Himmelstür des Jesus völlig erklärt, die hat damit aber auch ihren gefährlichsten Einfluß auf uns verloren. Solche Dichtung mag für gewisse Charaktere, Gemütszustände, in ganze Zeiten ein mögliches gewesen sein, harmonische Vertheilung gelehrt haben, deshalb können wir sie auch nicht, nach Ärgern wir uns über sie — sie sind uns einfach ein Gegenstand objektiver Forschung.

Die Möglichkeit des Himmelstürs zeigt sich darin, daß es keinerlei eigentlichen Vollbruch befragt. Alles, was man an diesem Welt ist, in der Frühlingstheorie überhaupt entnommen, um eben doch ein Vergnügen zu haben. Die Weltlichkeit hat mancherorts sich Mühe gegeben, etwas eigentümlich Christliches in Aufnahme zu bringen; so zog man in gewissen Gegenden ganz nach eine Jesus vorleisende Puppe durch ein Fadenloch der Kirche in die Höhe, oft noch ein paar Engel dazu — aber diese tragische Symbolik konnte sich keinen allgemeinen Beifall erringen. Anderwärts warf man von oben Feuer und Wasser, Heiligenbilder, Bildnisse, Reliquien und Kostbarkeiten herab — jedoch auch dies nur in Nachahmung einer älteren Pflanzstätte, die gleichfalls geküßelt ammet und nicht begreifen kann. Wir wollen folgen, daß uns der gerechte Lohn für unsere Arbeit werde, dann brauchen wir nicht nach den Gaben zu leiden, die die Götter oder der Richter „von oben“ auf uns herabzuschleusen lassen.

Vortragskunft.

Hebelabend von Walter Bausa. Vor stark besetztem Saal gab Hebelabendler ein Hebel-Abend, der den geliebten Augenblick des Hebelers Gelegenheiten gab, sich in hervorragender Weise zu betheiligen. Die Vortragsfolge war mit sorglich wählendem Gedankengang zusammengestellt. Die psychologisch interessante, im Ausdruck leicht fassliche „Mutter“ machte den Anfang. Die für einen solchen Abend fast zu lange Dichtung war von dem Vortragenden so fein durchgearbeitet und in den dramatischen Augenblicken wirksam gehalten, daß die Spannung bis zum Schluss anhält. Es folgten Gedichte aus den verschiedensten Epochen; die leid humanistischen und die geblühenden lagen ihm am besten. Als hätte viel beizubringen sollen. Der Vortrag (Ausklang Richter) mühte an warmen Abenden stärker beizubringen werden.

Dresdner Kalender.

Theater am 9. und 10. Mai. Opernhaus: 9. Die Kellnerin von Nürnberg (8 1/2). 10. Die verkaufte Braut (7 1/2). — Schauspielhaus: 9. Robert und Bertram (7). 10. Sabala und Wiebe (8 1/2). — Albert-Theater: 9. Heimat (8). Die Kameliendame (7 1/2). 10. Die heimliche Ehe (7 1/2). — Residenz-Theater: 9. Die lustige Witwe (7 1/2). 10. Die lustige Witwe (7 1/2). — Central-Theater: 9. und 10. Der reuende Adrian (7 1/2).

Im Natur-Theater des Vereins Volkswohl im Feldpark (Hallesche Saloppe) wird Donnerstag, 9. Mai, aufgeführt: Jugendliebe, Lustspiel von Adolf Wilbrandt; Die wilde Toni, Liebespiel in einem Akt von Regmüller; Einer muß betrauten, Lustspiel in einem Akt von Wilhelm. Eintritt für Mitglieder des Vereins Volkswohl 50 Pf., Nichtmitglieder 50 Pf.

Die Künstlervereinigung Dresden eröffnet am Donnerstag, 11. Mai, ihre Sommer-Kassellung im Siedelischen Ausstellungshaus an der Lößnitzstraße. Die von unseren einheimischen Künstlern mit ausgedehnter neuen Arbeiten gut besetzte Ausstellung umfasst außerdem interessante Werke jüngerer auswärtiger Künstler, die sich durch ihr Schaffen als Künstler von hohem ursprünglicher Begabung erweisen haben.

Kleine Mitteilungen.

Edmund Gehring vom Albert-Theater ist vom kommenden Herbst an auf fünf Jahre an das Großherzogliche Hoftheater in Schwerin als Spielerleiter und Schauspieler verpflichtet worden.

Eingegangene Druckschriften.

Die soll man wandern? Anleitungen und Winke von Engelbert Graf. Verlag: Buchhandlung Borchardt, Berlin SW 68. Preis: 40 Pf. — Das Buchlein erschien soeben in zweiter Auflage. Dieser, der seit seinen Jugendjahren viel große Fahrten gemacht hat, hat in ihm zu Ruh und Stromen unserer wunderbaren Jugend und herer, die Wälder und Bergsteiger sein wollen, auf seinen Erfahrungen mitgeteilt, was insbesondere für das fröhliche Wandern ist. Neben Wanderfreudigen, ob jung, ob alt, wird das Buchlein ein stets gern zu Rate gegangener Begleiter sein.

Gewerkschaftsbewegung. Was man vom sozialen Verständnis der Arbeiter verlangt.

In der ersten Endabstimmung hat am 25. April der Staatsrat Dr. Raumann (Landesrat) eine Rede gehalten, die nach dem Dresdner Anzeiger folgende Aussagen lautete: Staatsrat Dr. Raumann (Landesrat) tritt für einen Ausbau der Arbeiter- und Arbeitervereinigungen ein. Die Arbeitervereinigungen seien nicht nur die Hüter der Interessen, sondern auch die besten Erzieher. Infolge zweckmäßiger Regelung der Arbeitszeit seien sie auch nicht mehr überflüssig. Er habe sich als Selbstverleugner in den Dienst der Arbeiter gestellt und als Arbeitervereinigungen keine Unterstützung mehr bieten. Von dem sozialen Verständnis der Arbeiter sei zu hoffen, daß sie dies einsehen.

Hierzu ist zu bemerken, daß die Arbeitervereinigungen in Dresden schon wiederholt die Forderung der Arbeitszeitbegrenzung für die Arbeiter verlangt hat, aber unter der Bedingung, daß die allgemeine Verbesserung der gesamten Beschäftigung besser wird. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß die Arbeitervereinigungen in Dresden schon wiederholt die Forderung der Arbeitszeitbegrenzung für die Arbeiter verlangt hat, aber unter der Bedingung, daß die allgemeine Verbesserung der gesamten Beschäftigung besser wird. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß die Arbeitervereinigungen in Dresden schon wiederholt die Forderung der Arbeitszeitbegrenzung für die Arbeiter verlangt hat, aber unter der Bedingung, daß die allgemeine Verbesserung der gesamten Beschäftigung besser wird.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen. Die Arbeitervereinigungen in Dresden sind in der Lage, die Forderungen der Arbeitervereinigungen in Dresden zu unterstützen.

Bei der Abkündigung wurde folgender Vermittlungsantrag einstimmig angenommen: Die Generalversammlung kann sich nicht mit allen Maßnahmen der Generalversammlung während des Krieges einverstanden erklären. Sie erklärt, daß oberer Grundgesetz gewerkschaftlicher Politik die Zentralität der Partei auszuüben sind. Der Vorstand wird beauftragt, bei der Generalversammlung darüber zu berichten, daß dieselbe nur gewerkschaftliche Interessen betriebe. Damit wurden die übrigen Anträge zur gewerkschaftlichen Kriegspolitik als erledigt erklärt. Gegen wenige Stimmen wurde beschlossen, daß die Internationale Korrespondenz nicht mehr auf dem Wege der Post zu versenden ist, sondern durch den Postboten zu liefern. Annahme fand auch ein Antrag, daß das Sachblatt in politischen Fragen unparteiisch redigiert werden soll.

Briefkasten.

Frau D. (60 J.). Das Kriegsvordienstkreuz, das meinen Ehemann verliehen wurde, ist verloren gegangen. Ich bitte Sie, mir ein solches Kreuz zu beschaffen, das ich in meine Karte stecken kann. Einem Schreiben an Sie wird diese Angelegenheit nicht vorliegen. E. R. Das Kreuz muß an das Landratsamt gerichtet werden, zu dem der frühere sächsische Wohnort gehört.

F. R. 100. 1. Das Schulgeld darf vom Gewerkschaftlichen Einkommen nicht abgezogen werden. 2. Das Schulgeld ist nur in besonderen Ausnahmefällen abzugeben. Es ist hier Entscheidung von Fall zu Fall erforderlich.

G. E. 100. 1. Wenn das Einkommen von Mann und Frau zusammen 8100 Mark übersteigt, kann es zusammengelegt und als ein Einkommen versteuert werden. 2. Der § 18 des Einkommensteuergesetzes besagt, daß bei Einkommen von weniger als 8000 Mark, wenn Verhältnisse vorliegen, die die Steuerfähigkeit wesentlich hermindern, die Steuerhöhe um höchstens drei Klassen herabgesetzt werden können. Als solche Verhältnisse kommen schließlich außerordentliche Belastung durch Krankheit von Kindern, Unterhaltung anderer Angehöriger, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

H. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

K. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

L. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

M. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

N. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

O. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

P. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

Q. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

R. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

S. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

T. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

U. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

V. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

W. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

X. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

Y. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

Z. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

AA. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

BB. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

CC. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

DD. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

EE. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

FF. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

GG. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

HH. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

II. E. 38. Wenn Sie die Rente nicht annehmen können, so ist es Ihnen freigegeben, gegen Ihren Mann Klage zu bringen. Das Gericht kann dann beschließen, ob der Mann die Rente zahlen und der Mann einen Vertreter zu bestellen hat oder die Verhandlung bis zur Rente des Mannes aussetzen ist. Im letzteren Falle könnte der Mann die Rente nicht zahlen. Sollte der Mann jedoch die Rente zahlen, dann müßte Sie unter Umständen auch mit einem anderen Angehörigen, anhaltende Krankheit oder besondere Unglücksfälle in Betracht.

Holbrauhaus Dresden empfiehlt seine ausgezeichneten gehaltvollen Biere. Bäckerei u. Konditorei: Franz Lenz, Friedrichsberg, Dresden. Max Rich, Hartig, Nicolai-Druckerei, Dresden. Carl Wachs, Oppacher, 31. Kolonialwaren: Max Müller, Kollwitzplatz, Dresden. Fleischwaren: H. Müller, Kollwitzplatz, Dresden.

Praktischer Wegweiser u. empfehlenswerte Geschäfte. Dresdner Beerdigungs-Anstalten Pietät u. Heimkehr. Am Se 26, Dresden-Str. 27. Franz Schaal, Dresden. Hecker's Sohn, Tz. Leipzigstr. 159, Dresden. Robert Peschke, Dresden.

Woll- und Wollwaren: Carl Ed. Wollwaren, Dresden. Berliner Neuwäsche: Berliner Neuwäsche, Dresden. Dipoldelwälder: Dipoldelwälder, Dresden. Billige Lampen: Billige Lampen, Dresden. Kaufhaus Haller: Kaufhaus Haller, Dresden. Fr. Günther: Fr. Günther, Klempnermeister, Dresden.

Holbrauhaus Dresden. Bäckerei u. Konditorei: Franz Lenz, Friedrichsberg, Dresden. Max Rich, Hartig, Nicolai-Druckerei, Dresden. Carl Wachs, Oppacher, 31. Kolonialwaren: Max Müller, Kollwitzplatz, Dresden. Fleischwaren: H. Müller, Kollwitzplatz, Dresden.

Praktischer Wegweiser u. empfehlenswerte Geschäfte. Dresdner Beerdigungs-Anstalten Pietät u. Heimkehr. Am Se 26, Dresden-Str. 27. Franz Schaal, Dresden. Hecker's Sohn, Tz. Leipzigstr. 159, Dresden. Robert Peschke, Dresden.

Woll- und Wollwaren: Carl Ed. Wollwaren, Dresden. Berliner Neuwäsche: Berliner Neuwäsche, Dresden. Dipoldelwälder: Dipoldelwälder, Dresden. Billige Lampen: Billige Lampen, Dresden. Kaufhaus Haller: Kaufhaus Haller, Dresden. Fr. Günther: Fr. Günther, Klempnermeister, Dresden.